Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden. Baden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf. **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Konpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 40 Pf.

Nr. 153 | Dresden, Montag den 4. Juli 1921 | 32. Jahrg.

Landesparteitag und Einheitsfront

Der Geschäftsbericht: 100149 Mitglieder. — Eine Entschließung für die Einheitsfront

Die Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie tagt im Leipziger Volkshaus, dem nahezu wieder hergestellten, der Leipziger Arbeiterschaft gehörigen Gebäude. Im Mittelpunkt der Sonntagsdebatten stand die Frage des Zusammengehens mit den Unabhängigen. Dazu lag jene Chemnitzer Resolution vor, die direkte Verhandlungen von Parteileitung zu Parteileitung mit dem Ziele einer nicht zu fernen Verschmelzung beider sozialistischen Parteien fordert. Ein Antrag, der zweifellos diktiert ist von anerkennenswertem Wollen, wenngleich der vorgeschlagene Weg der direkten Verhandlungen nicht gerade zeitgemäß war.

Die Landeskonferenz hat verstanden, den guten Kern des Antrags zu retten, indem sie den Chemnitzer mit einem Dresdner Antrag verschmolz. Damit kam eine Einigungsentschließung zustande, die einstimmig angenommen wurde und die aussprach, daß die theoretischen und sachlichen Gegensätze zwischen U. S. P. und S. P. D. zu gering sind, als daß sie ein dauerndes Hindernis der Wiedervereinigung beider Parteien bilden dürften, daß deshalb die sozialistische sächsische Regierung mit allen Kräften zu halten und zu fördern sei und daß die Kräfte der beiden sozialistischen Parteien überall im Lande in Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt werden möchten.

Wir begrüßen diese Entschließung als eine glückliche Formulierung dessen, worauf es besonders in der gegenwärtigen Situation ankommt. Wenn wir uns auch nicht der Hoffnung hingeben, daß die Einigung nunmehr dicht vor der Tür steht, wenn auch auf beiden Seiten in der praktischen Arbeit noch weiteres Entgegenkommen gezeigt werden muß, wenn auch die Unabhängigen noch mehr lernen müssen, auf die Nur-Agitationspolitik zu verzichten, so hat unsre Landestagung doch wieder einmal den festen Willen bekundet, in praktischer Arbeit den Unabhängigen die Hand zu reichen.

Bei Besprechung der politischen Lage wurde auch die Frage unsres Verhaltens zu den bürgerlichen Parteien gestreift. Eine der wichtigsten Gegenwartsaufgaben ist der Schutz der Republik und der Demokratie gegen die monarchistisch-reaktionären Treibereien. Den bürgerlichen Parteien die Regierung zu überlassen, wenn eine reinsozialistische nicht zustande kommt, hieße für den Sozialismus, der Reaktion das Feld für alle Rückwärtsrevidierung zu überlassen. Schon aus diesem Grunde erscheint es uns als eine Voraussetzung des engeren Zusammengehens zwischen U. S. P. und S. P. D., daß die Unabhängigen bereit sind, sich mit republikanisch-demokratisch-bürgerlichen Parteien in eine Regierung zu setzen, sofern die reinsozialistische unmöglich ist. Von der Unterstützung einer demokratisch-sozialistischen Regierung Wirth bis zur Teilnahme an dieser Regierung ist, wie es der unabhängige Führer Breitscheid ganz richtig ausgesprochen hat, nur ein Schritt. Und wenn die Reaktion vor den Türen stände, wie in der Zeit der Kappiage, da die Unabhängigen mit den Demokraten ebenfalls in Abwehrgemeinschaft zusammensaßen, würden sie wohl kaum zögern. Warum also warten, bis der Feind das Tor unmittelbar bedroht?

Allerdings müssen sich auch die Genossen in unsern Reihen, die ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei unter gewissen Umständen für nötig halten, darüber klar sein, daß solche Bekundungen in gegenwärtiger Zeit einem Zusammenarbeiten zwischen uns und der U. S. P. nicht dienlich sind. Gewiß soll man in der Politik niemals nie sagen und wir wissen nicht, wie die Volkspartei und wie die Probleme der deutschen Politik in irgendeiner ferneren Zeit aussehen. Heute aber bekennt sie sich zum Monarchismus und hat das in ihrer Haltung während der Kappiage auch praktisch betätigt. Eine solche Partei, mit der wir noch dazu in den gegenwärtig so brennenden Steuerfragen, in der Frage der Sozialisierung, in den Fragen der Ausführung des Ultimatums kaum einen Schritt zusammengehen können, ist für uns nicht zum Regierungsbündnis reif. In der Reichspolitik haben sich die Genossen bis heute dagegen entschieden, die preußischen Genossen haben sich ebenfalls energisch dagegen ausgesprochen, und die sozialdemokratische Redakteurkonferenz, die vor Monatsfrist in Berlin abgehalten wurde, bewies recht drastisch, daß man mit der Befürwortung des Zusammengehens mit der Volkspartei eher vielleicht die Sozialdemokratie sprengen, aber auf keinen Fall das sozialistische Proletariat einigen kann.

Für uns in Sachsen brauchte das Problem, ob die Sozialdemokratie mit der volksparteilichen Mischung zusammen in die Regierung gehen kann, überhaupt keine Rolle zu spielen. Die sachlichen Gegensätze zwischen uns und den Unabhängigen sind gegenwärtig derart gering geworden, daß schon auf dieser Grundlage in allen politischen Kämpfen eine Zusammenfassung der sozialistischen Kraft denkbar wäre, die uns in Sachsen die Regierungsmehrheit sichern müßte. Das wissen auch gewisse Parteien und gewisse Blätter recht gut. Mit welcher Ausführlichkeit berichtet der Dresdner Anzeiger alles, was als Argument gegen ein Zusammengehen mit den Unabhängigen angesehen werden könnte! Man weiß da drüben recht gut, was es politisch bedeuten würde, wenn die beiden sozialistischen Parteien ihre Kraft nicht mehr in gegenseitigen Kämpfen zu zersplittern braucht.

Sachsen hat einmal lange Zeit als das Probierland der Reaktion gegolten. Die Aufgabe der beiden sozialistischen Parteien ist es, Sachsen zum Probierland einer sozialistisch gerichteten Politik zu machen.

* * *

Die Verhandlungen

1. Tag

Leipzig, 2. Juli

In dem schlicht geschmückten Gesellschaftssaal des Volkshauses Leipzig begann am Sonnabend den 2. Juli die Tagung der Landesversammlung. Vom Parteivorstand war Genosse Molkenbuhr, von der sächsischen Regierung Genosse Heldt anwesend.

Reichstagsabgeordneter Genosse **Pinkau** begrüßte die Vertreter der Partei, die aus allen Landesteilen erschienen waren. Er verwies eingangs auf die innere und äußere Krise, die auch dem Proletariat schwere Verpflichtungen auferlege, die in den Beratungen und Beschlüssen der Tagung berücksichtigt werden müßten. Leipzig sei historischer Boden der sozialistischen Bewegung. Hier begann das Wirken Lassalles, Bebels und Liebknechts im Arbeiterbildungsverein und von hier aus habe die sozialistische Bewegung ihren Siegeszug über Deutschland und auch im gewissen Sinne über die ganze Welt genommen. Diese Bewegung sei in ihren Anfängen von scharfen Meinungsverschiedenheiten belebt worden. Das sei so weit gegangen, daß die Zersplitterung in eine Lassalleaner und Eisenacher Richtung eingetreten sei. Die junge Bewegung habe sehr bald das ganze Bürgertum, vor allem die Reaktion, auf die Beine gebracht und jene unsägliche Verfolgung der jungen Bewegung gezeitigt, die mit Ausweisungen und Gefängnisstrafen arbeitete. Leipzig allein habe 200 Jahre Gefängnis und Zuchthaus eingeworfen. Das Sozialistengesetz habe die sich bekämpfenden Brüder schließlich wieder zusammengeführt und der Bewegung die nötige Stoßkraft verliehen. Das Auf und Nieder dieser Bewegung in den Stimmenzahlen der Reichstagswahlen der letzten 50 Jahre hervorhebend, betont er, daß zu aller Zeit der Meinungskampf, der Streit über Fragen der Taktik unsre Partei beherrscht habe. Während jedoch dieser Meinungskampf der Partei, solange sie klein war, wenig Einfluß auf das Proletariat übte, sei das heute bei der gewaltigen Stärke der Sozialdemokratie anders geworden. So leidenschaftlich man auch früher gekämpft habe, immer habe man in dem Andersdenkenden den Kameraden und nicht den Verräter gesehen. Und manch eine Persönlichkeit, die damals heiß umstritten war, er erinnere nur an Lassalle und Schweitzer, sei heute vom ganzen Proletariat geehrt und geachtet. Pinkau ging dann auf die Spaltung unsrer Partei während des Krieges ein und zeigt die Schwierigkeiten, die einmal gespaltenen Massen wieder zusammenzuführen. Solange die prinzipiellen Auffassungen über die Diktatur bei der U. S. P. nicht aufgegeben werden, sei schwerlich an eine Einigung zu denken. Diese könne nur bei rückhaltloser Anerkennung der Demokratie erfolgen. Er wünsche, daß die Arbeiten der Landesversammlung dieser Einigung dienen, und die Genossen in ihrer Auffassung befestigen und in umstrittenen Fragen Klarheit bringen mögen.

Genosse **Eggert** vom Landesausschuß begrüßt gleichfalls die Versammlung und vornehmlich den Genossen Molkenbuhr, den alten Kämpfer, der ein Stück Parteigeschichte verkörpere. Er wünscht Selbstkritik in der sachlichsten Form.

Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden die Genossen Hagen-Leipzig und Kühn-Dresden, zu Schriftführern Genosse Schubert-Leipzig, Fischer-Chemnitz, Gen. Diebold-Leipzig und Tillack-Reichenbach gewählt. Für die Mandatsprüfungskommission werden die Genossen Mühler-Flöha, Schubert-Leipzig, Wagner-Plauen und Frau Pietzsch-Dresden ernannt.

Zur Beratung stehen die Anträge 6, 15, 17, 18, 20, 22 und 23. Zum ersten Punkt der Tagesordnung beantragt Genosse Kühn, daß auf Wunsch der Meißner Landeskonferenz eine Verdoppelung der Mandate vorgenommen werden soll, was von der Versammlung genehmigt wird.

Hierauf gibt Genosse Eggert den

Geschäftsbericht.

Er betont, daß an Stelle des Landesvorstandes der Arbeitsausschuß getreten sei, um gemeinsame Aktionen für das ganze Land vorzubereiten. Der Mitgliederstand im verlaufenden Geschäftsjahr sei befriedigend. Habe anfangs die Mitgliederzahl 69 655 männliche und 13 090 weibliche, insgesamt 82 755 betragen, so sei sie am 31. März 1921 auf 85 671 männliche und 14 574 weibliche, insgesamt **auf 100 149 Mitglieder gestiegen**, so daß eine Zunahme von insgesamt 17 800 Mitgliedern zu verzeichnen sei. Aber hinter diesen Zahlen hinter denen der Vorkriegszeit noch wesentlich zurück. Denn 1914 konnten 177 655 Mitglieder gezählt werden, aber der Weltkrieg habe mit der großen Zahl Gefallenen die Organisation geschwächt und die Spaltung habe ein übriges getan. [illegible] jedoch die Zahlen, die die Unabhängige Sozialdemokratie an Mitgliedern angebe und die 99 [illegible] betragen, so ergebe sich mit unserem Mitgliederstande 100 [illegible] Mitglieder. [illegible] bei der Leipziger Bezirk gewesen. Bei der Spaltung 1917 seien nur 92 Genossen unserer Organisation treu geblieben. Heute betrage die Organisation 6800 Mitglieder. Es stehe zu erwarten, daß dieser Erfolg anhalten werde. Eine besonders [illegible] der Organisation sei die über ganz Sachsen eingeführte „Rote Woche“ gewesen. Dabei habe Dresden [illegible], Chemnitz [illegible] und Leipzig 1200 Mitglieder gewonnen. [illegible] diese Werbemethode auch in kommenden Jahren zur Anwendung zu bringen. [illegible] Die erhöhte Beitragsleistung sei [illegible] Chemnitz erhebe für weibliche Mitglieder 30 Pf., für männliche Mitglieder 40 Pf. pro Woche, [illegible] vom 1. Januar 1921 an, Dresden erhebe für [illegible] 30 Pf. [illegible] erhöhte Mittel benötigen werde, und er [illegible] der 50-Pf.-Beitrag, der in Dresden [illegible] erhoben werden möchte. An Mitgliedsbeiträgen seien in Dresden [illegible] M., in Chemnitz 372 504 M., in [illegible] 114 [illegible] M., in Leipzig 56 [illegible] M., insgesamt 1 800 651 M. aufgebracht worden. Der Kassenumsatz im [illegible]

Das ganze Aufruhrgebiet geräumt

Eigene Drahtmeldung

Paris, 4. Juli. Der Sonderberichterstatter des Petit Journal drahtet seinem Blatte aus Rosnowke, dem polnischen Hauptquartier: Die Räumung Oberschlesiens geht sowohl von deutscher als auch von polnischer Seite ohne Zwischenfälle vor sich und man darf darauf rechnen, daß Dienstag den 5. Juli das ganze Aufruhrgebiet in den Händen der Interalliierten Kommission sein wird.

Breslau, 4. Juli. Der Eisenbahnverkehr in Oberschlesien ist jetzt gestern im ganzen Industriegebiet bis Kattowitz wieder aufgenommen worden. Auch D-Züge verkehren wieder bis Kattowitz. Die Züge werden sehr stark benutzt, doch wagt sich die deutsche Bevölkerung infolge des Ausnahmeerlasses der Interalliierten Kommission und mangels polizeilichen Schutzes in den ländlichen Orten des Industriegebietes noch nicht auf das Flachland zurück.

Die Pariser Blätter für die Sanktionen

Paris, 3. Juli. Die Pariser Presse fährt heute früh fort, sich mit der Frage der Aufhebung der Sanktionen zu beschäftigen. Zahlreiche Blätter versuchen gegen die Aufhebung der Sanktionen Stimmung zu machen. Das Echo de Paris macht auf die Bedeutung des Pfandes aufmerksam, das die Alliierten in dem Rheingebiet in den Händen haben. — Die République Française erklärt, daß Deutschland das Londoner Ultimatum nur angenommen habe, um die Besetzung des Ruhrgebietes zu vermeiden. Deshalb dürfe man die Sanktionen nicht aufheben. — In ähnlichem Sinne schreibt die Action Française.

Die italienische Presse

Rom, 3. Juli. Die italienische Presse kommentiert die Weigerung Frankreichs, die Sanktionen aufzuheben, als neuen Beweis dafür, daß Frankreich gegen Deutschland mala fide vorgehe. Frankreich wünscht gleich Shylock, nicht, daß sein Schuldner zahle, [illegible]

Der sechste Kriegsbeschuldigten-Prozeß

Eigene Drahtmeldung

Leipzig, 4. Juli. In der heutigen Montagsverhandlung beantragt die Verteidigung die Vernehmung des Zeugen Vogt, der als Ordonnanzoffizier die Gefechte in den Augusttagen mitgemacht hat. Der Zeuge bestätigt, daß Verwundete und Gefangene hinter den deutschen Schützenlinien wieder zu den Waffen gegriffen haben. Die französischen Soldaten seien von ihren Offizieren angewiesen worden, sich totzustellen und im günstigen Augenblick wieder in den Kampf einzutreten.

Es wird dann der vom Oberreichsanwalt geladene Ingenieur Brühl-Schleiner vernommen, der bestätigt, daß Major Crusius schon vor dem 20. August zusammengebrochen sei. Von dem Befehl des Generals Stenger, keine Gefangenen zu machen, weiß er nichts. Seine Kompanie habe sowohl Gefangene noch Verwundete getötet.

Sachverständiger Dr. [illegible] schildert den Major Crusius als sehr schweigsam, jedenfalls aus Schmerz über die Verwundung seines einzigen Sohnes, der in der Nähe mitkämpfte. Sachverständiger Dr. Jerona, Oberarzt in der Irrenanstalt bei Hannover, gibt ein Gutachten über die Geistesverfassung des Majors Crusius, soweit sie krankhafte Störungen aufweist, die für den § 51 des Strafgesetzbuchs in Betracht kommen und die eine Entschuldigung dafür bieten könnten, daß er den Befehl des Generals Stenger mißverstanden habe. Major Crusius habe bei seiner Einlieferung in die Klinik angegeben, daß er häufig Schlafdrang gelitten habe. Sein seelischer Zusammenbruch sei darauf zurückzuführen, daß er seine Gefangenen erschießen ließ.

Auf Grund der Zeugenaussagen und seiner Kenntnis der Person des Majors Crusius kommt der Sachverständige zu dem Urteil: Crusius sei eine psychisch nicht normale Person, als geisteskrank im allgemeinen Sinne könne er nicht bezeichnet werden. Von den Mannschaften ist gesagt worden, daß er sehr um seine Truppen besorgt habe, [illegible] festzustellen, daß er in der Besprechung mit General Stenger einen Befehl dahin aufgefaßt hat, keine Gefangenen zu machen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210704/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

bedeutend wesentlich höher. Er beträgt für Dresden 1 299 481 M., in Zwickau 368 000 M., in Leipzig 31 500 [illegible] in Chemnitz 613 000 M., während der Kassenumsatz 1914 nur [illegible] Mark, insgesamt 2 304 737 M., während der Kassenumsatz [illegible] 206 000 M. betragen habe. Angesichts des gesunkenen Geldwertes sei das immerhin eine nur verhältnismäßig geringe Steigerung, sie betrage gegenüber 1914 nur das Zweieinhalbfache. An den Parteivorstand abgeführt seien 290 000 M., während 1914 11 000 M. abgeführt seien. Größere Summen seien von einer großen Anzahl freiwilliger Spender geleistet worden, die nicht mit Namen genannt werden wollten und denen er den Dank der Partei abstatte. Der Redner verweist dann auf die großen Aufgaben der Armenhaus-, Landtags- und der Gemeindewahlen und betont, daß angesichts der unsicheren politischen Situation wir mit neuen Wahlen über drei Körperschaften unter Umständen schon in Kürze zu rechnen hätten. Deshalb sei es notwendig, immer von neuem an den Opfermut der Genossen zu appellieren. Er bespricht dann eingehend das Wahlergebnis der Reichstags- und Landtagswahlen und dabei besonders die Schwierigkeiten bei der ersten Wahl hierbei. Im schärfsten Kampfe gegen rechts und links sei hier ein Stamm zuverlässiger, erprobter Anhänger geschaffen worden, die Gewähr eines erfolgreichen Kampfes ergeben werden. Was die Gemeindepolitik angehe, so habe der Dresdner Bezirk 2100 Gemeindevertreter, Gemeindeälteste, Stadträte usw., der Chemnitzer 1844, der Zwickauer 507 und der Leipziger 107, insgesamt 1918 [illegible], während es 1914 nur 2504 waren. Unsre Gemeindezeitung werde in 750 Gemeinden mit 3200 Exemplaren gelesen. Er wünsche ganz besonders die Verbreitung dieser Zeitung auch unter bürgerlichen Vertretern. So erfreulich dieses organisatorische Ergebnis sei, so müßten unsre Organisationen vor allem durch Anstellung von Untersekretären ausgebaut werden. Dresden sei dabei mit Anstellung von Sekretären Vorbild gewesen. Die Bezirke Chemnitz und Zwickau mit ihrer starken industriellen Arbeiterschaft müßten diesem Wege folgen. Man dürfe nicht immer sofort einen Erfolg erhoffen, der trete zumeist erst nach gewisser Tätigkeit dieser Angestellten ein. Nachdem er die Erfolge unsrer Parteipresse erörtert, geht er besonders auf die Jugendbewegung ein, die durch den Krieg so gut wie zerstört worden, nach dem Kriege aber erneut ins Leben gerufen sei. Der Redner geht dann auf die vorliegenden Anträge ein und hebt hervor, daß bezüglich des Vorwurfs, der Landesausschuß habe in der Frage der Richtlinienausgebung bei der Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens versagt, nicht zutreffe. Bei der Kürze der Zeit, der Verschiedenheit der Auffassung der Höhe und der zu ziehenden Grenzen seien einheitliche Richtlinien nicht möglich gewesen. Auch in der Wohlfahrtsfrage, die eine neue Frage der sozialen Fürsorge sei, wären die Genossen dauernd auf dem Laufenden gehalten worden. Bezüglich der Lebensmittelfreiheit sei es unmöglich, einheitliche Richtlinien aufzustellen, da die Regelung dieser Fragen von den Gemeindesatzungen abhängig sei. Das gleiche gelte vom gemeindlichen Wohnungsbau. Bemerken müsse er, daß alle diese Fragen in Gemeindevertreterkonferenzen gründlich beraten und erledigt worden seien. Mit einem Appell, den Gedanken des Sozialismus immer weiter zu verbreiten, und einer besonderen Ehrung des verstorbenen Landtagsabgeordneten Grenz, Leipzig, schloß er seine Ausführungen.

Der Vorsitzende Hagen widmet dem durch Krankheit am Erscheinen behinderten langjährigen Vorsitzenden der sächsischen Partei, Genossen Sindermann, anerkennende Worte und wünscht seine baldige Genesung.

Zu näherer Beleuchtung der Anträge nimmt Genosse Kühn das Wort: Was den Antrag 6 (Zwönitz) angehe, der die mangelnde Direktive des Landesausschusses bezüglich der Richtlinien bei der Besteuerung des reichssteuerfreien Einkommens, der Gemeindegrundsteuer, der Wohlfahrtspflege und des Wohnungswesens behandelt, so habe bereits sein Vorredner die Dinge gekennzeichnet. Im übrigen verweise er auf eine dem Dresdner Geschäftsbericht als Einlage beigefügte Instruktion zum Zwecke der Einschätzung der Landwirtschaft bei der Besteuerung. Wenn der Zwönitzer Antragsteller sich damit abfinden würde, könnte eine Debatte erspart werden. Da das verneint wurde, wird in die Aussprache eingetreten.

Die Debatte

Goldhahn, Stollberg: Er wolle dem Landesausschuß keinen Vorwurf machen, bei Stellung seiner Anträge kam es ihm lediglich darauf an, über all diese Fragen eine Aussprache herbeizuführen und Klarheit unter den Genossen zu schaffen. Was er wünsche, sei, daß Einheitlichkeit im Handeln unsrer Genossen bei all solchen Fragen zutage trete.

Zum Antrag 29, gestellt vom Bezirk **Dresden**, 4., 5. und 6. Unterbezirk, der verlangt, daß die Partei Kurse zur Schulung unsrer Frauen für die Wohlfahrtspflege einrichtet, damit sie als berufsmäßige Wohlfahrtspflegerinnen wirken und in die bestehenden Körperschaften gewählt werden können, spricht zunächst

Genossin **Raak**, Dresden: 1920 habe der Parteivorstand einen Aufruf erlassen, überall Wohlfahrtsausschüsse zu gründen. Leider seien in Sachsen nur einige Genossen im Landeswohlfahrtsamt vertreten. Diese Tätigkeit erfordere nicht nur praktische, sondern auch theoretische Kenntnisse, die leider die Volksschulbildung nicht ermögliche, was bedinge, daß all diese Stellen von Angehörigen der besitzenden Klasse besetzt werden. Die Partei müsse deshalb Mittel zur Verfügung stellen, um Ausbildungskurse zu ermöglichen.

Franz, Chemnitz: Es sei notwendig, dem Landesarbeitsausschuß Richtlinien zu geben, nach denen er in dieser Frage arbeiten könne, zumal das Landeswohlfahrtsamt ein neuer Zweig der sozialen Fürsorge sei. Die Frage sei, ob die Partei sich auf den Standpunkt der Wohltätigkeit stelle oder auf den Standpunkt der Klassensolidarität. Wer die bittere Not, die Unterernährung im Erzgebirge kenne, würde zugeben, daß derjenige, der diesen Armen etwas Positives bringe, auch ihre Gunst erhalte. Das hätten die Bürgerlichen erkannt. Jede Gemeindeschwester, die auch nur im geringsten die Not lindere, erziele für ihre Partei einen größeren Erfolg als der beste Parteiredner in einer Versammlung, der nur schöne Worte für diese Not finde. Wie parteipolitisch diese bürgerliche Wohlfahrtspflege eingestellt sei, zeige ein Fall in Chemnitz; dort habe eine Gemeindeschwester sich geweigert, Arme zu pflegen, die nicht der Kirche angehören. Seine Parteifreunde hätten deshalb die Unterstützung für die Innere Mission abgelehnt. Die Wohlfahrtspflege müsse durch Heranziehung der breiten Massen zur Klassensolidarität gestärkt werden. Voraussetzung sei eine genügende Schulung. Er verweist auf einen Fall in Chemnitz, wo S.P.D. und U.S.P. ihr Scherflein beigetragen haben, um positive Wohlfahrtspflege zu üben, während unverständlicherweise die Kommunisten eine Beteiligung ablehnten, dafür aber in einseitigster Weise eine rote Kinderwoche veranstalteten. Bedauerlich sei, daß die Arbeiterschaft im Landeswohlfahrtsamt nicht beachtet werde. Selbst die Ärztin Genossin Stegmann habe man abgelehnt. Man müsse den Minister Lipinski darauf aufmerksam machen, welch rückständige Stellung seine Gebermaate, besonders Ministerialdirektor v. Pflugk, zu dieser Frage einnehmen. Es müsse eine dem Einfluß der Arbeiterschaft entsprechende Vertretung im Landesausschuß für Wohlfahrtspflege gefordert werden. Unsre Partei müsse einen Landesausschuß für Arbeiterwohlfahrtspflege bilden, der die Aufgabe hätte, Genossinnen für diese Pflege durchzubilden und Richtlinien für Haus- und Kinderpflege sowie für Verteilung von Liebesgaben herauszugeben. Vor allen Dingen müßten die Gewerkschaften vertreten sein.

Pinkert, Dresden, wünscht dieser Frage keine politische Färbung zu geben. Zwar sei unser Einfluß gering; von 23 Personen des Vorstandes des Landeswohlfahrtsausschusses hätte die Arbeiterschaft nur drei Vertreter. Die Bürgerlichen hätten sogenannte hochstehende Persönlichkeiten entsandt, die im Grunde genommen die Fühlung mit der ärmeren Bevölkerung gar nicht besitzen. Auch er begrüße die Anregung, von Partei wegen Kurse zu errichten, die für die staatliche Prüfung vorbereiten. So würde es möglich sein, genügend Personen den zuständigen Stellen empfehlen zu können.

Bombach, Potschappel: Der Landesausschuß der Gewerkschaften habe beim Ministerium des Innern einen Antrag auf eine Vertretung gestellt. Der Antrag sei abgelehnt worden. Das Landesamt für Wohlfahrtspflege sei eine Spottgeburt. Er wünscht, daß die von den Ministerien ausgehenden Informationszuschriften, die fast nur den Bürgermeistern übermittelt würden, auch den Gemeindevertretern zugänglich gemacht würden, zumal sie vielfach von größter Wichtigkeit seien. Er hatte gewünscht, daß die Prüfungsordnung allseitig abgelehnt worden wäre. Im übrigen empfehle er unsre Gemeindezeitung in allen Gemeinden für ihre Gemeindevertreter zu abonnieren.

Gen. **Matthäus**, Dresden: Im Gegensatz zu Pinkert wünsche ich, daß aus unsrer Weltauffassung bei der Besetzung der Stellen in der Wohlfahrtspflege kein Hehl gemacht wird, das tun die Bürgerlichen auch nicht. Wir müssen einen Landeswohlfahrtsausschuß bilden, der wiederum Bezirksausschüsse ins Leben ruft. Die Frauen bekommen dadurch ein bestimmtes Betätigungsfeld. Gewiß sei zur Zeit kein vorgebildetes Material vorhanden, man müsse sich aber mit den bestehenden begnügen. Die Bürgerlichen hatten in jedem kleinen Ort einen Pfarrer, Oberlehrer, Arzt oder bürgerliche Frauen sofort zur Hand; Arbeiterfrauen hingegen wurden ständig ausgeschaltet. Sie begrüße den Antrag Franz und wünsche auch, daß man sich von den zuständigen Stellen der Ministerien nicht beeinflussen lasse. Hier gelte es, sich mit aller Entschiedenheit durchzusetzen.

Genossin **Schilling**, Döbeln, M. d. R., verweist darauf, daß andre Länder den vom Parteivorstand gewünschten Landesarbeiterwohlfahrtsausschuß längst schon ins Leben gerufen hatten. Sachsen aber auch hier zurückstehe. Leider hätte auch unser früherer Minister des Innern Uhlig versäumt, im Landesausschuß für Wohlfahrtspflege unsre Genossinnen heranzuziehen. Angesichts der drohenden Verteuerung des Brotes, der Kohlen usw. würde die Not ins Ungemessene steigen. Die Bürgerlichen würden wie bisher die Wohlfahrtspflege für sich in Anspruch nehmen und weiter politische Proselyten machen. Die Arbeiter müßten mehr Klassensolidarität auf diesem Gebiete üben. Es frage sich, ob sie willens seien, einmal im Jahre eine Stunde für ihre notleidenden Brüder zu arbeiten. Dem Reichswohlfahrtsamt haben zur Ausbildung für Wohlfahrtspflege 500 000 M. zur Verfügung gestanden. Sachsen habe keine Vertretung entsandt, das sei auch in ähnlichen Fällen nicht geschehen. Die Agitation müsse auch auf diesem Gebiete die Arbeiterschaft rührig ihren Mann stellen.

Koch, Zwickau, empfiehlt Schluß der Debatte und einmütige Annahme der Anträge.

Genossin **Büttner**, Dresden, M. d. L., stellt fest, daß die Ablehnung der Frau Dr. Stegmann nachträglich bedauert und eine Regelung zugesagt worden sei. Auch nimmt sie Ministerialdirektor Pflugk und Frau Uhlich-Beil gegen die Kritik in Schutz.

Kurt, Heidenau, vertritt den Antrag 17, der eine Einwirkung auf die Reichsregierung dahingehend verlangt, daß alle Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Pensionskassen zu einer einheitlichen großen Versicherungskasse zusammengelegt werden, um eine gründliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter zu schaffen. Er verweist auf die Zersplitterung in diesen sozialen Instituten, zeigt, wie die Bevölkerung der Gemeinden wohl die Pensionsgelder für die Gemeindeangestellten aufbringen müsse, selbst aber leer ausgehe. Weiter verweist er auf die ungenügende Arbeitslosenunterstützung und Altersversorgung und betrachtet den Wert einer Zusammenfassung der eingangs erwähnten Kassen.

Reichstagsabgeordneter Genosse **Meyer**, Zwickau, betont, daß bei aller Sympathie der Sozialdemokratie für diesen Antrag seine Durchführung im Reichstage angesichts der bürgerlichen Mehrheitsverhältnisse schwerlich zu erwarten sei. Er erwähnt weiter eine ganze Anzahl Forderungen der Reichstagsfraktion auf dem sozialen Gebiete, ebenso eine Anzahl angekündigter Gesetzentwürfe. Die starke Erhöhung der Beiträge in der Sozialversicherung hervorhebend, betont er, daß die Arbeiterschaft sich leider viel zu wenig um diese sozialen Gesetze kümmere. Das geschehe zumeist erst dann, wenn sie selbst alt geworden oder Anspruch auf diese Versicherung erhebe. An sich sei ihm der Antrag sympathisch, aber er werde nur verwirklicht werden, wenn die Sozialdemokratie einen größeren Einfluß in der Reichsregierung erlange.

Genosse **Loeserit**, Chemnitz, befürwortet den Antrag 18 zwecks Einwirkung bei der Reichsregierung zwecks **Aufhebung der Sondergerichte**. Die besonderen Verhältnisse berücksichtigend, die den Reichspräsidenten zum Erlaß dieser Sondergerichte veranlaßt haben, die Auffassung dieser Gerichte gegenüber Verführten und wenig Beteiligten hervorhebend, wünscht er ihre Aufhebung, aber auch ein wachsames Auge des Landesausschusses für die Zukunft, damit solche Sondergerichte vermieden werden.

Genosse **Elsner**, Dresden, befürwortet den Antrag 19, der von den sozialdemokratischen Vertretern in Reichs- und Landtagsparlamenten eine Einwirkung dahin verlangt, daß diejenigen, die dem **Steuerabzug nicht unterliegen, schnellstens zur Steuer herangezogen werden**, damit bei allen Dingen die Gemeinden zu ihrem Anteil der Reichseinkommen- und Körperschaftssteuer kommen. Er betont, daß die Nichtbesteuerung dieser Kreise in der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft allgemeinen Unwillen ausgelöst habe.

Sämtliche Anträge werden einstimmig angenommen, desgleichen ein Antrag, den nächsten Landesparteitag in Chemnitz stattfinden zu lassen. Sollte eine außerordentliche Landestagung sich notwendig machen, so ist es dem Landesausschuß überlassen, den Ort zu wählen. Zum Schluß der Tagung wird eine Resolution Riemann, Burgstädt, angenommen, die den Landesausschuß beauftragt, neue Formen für eine intensive Frauenagitation zu suchen.

Schluß 6¾ Uhr abends.

2. Tag.

Leipzig, 3. Juli.

Morgens 8 Uhr findet eine einstündige geschlossene Sitzung statt. Genosse **Eggert** vom Landesausschuß berichtet über

die politische Lage.

Er betont, daß die sächsische Politik nur im Zusammenhalt mit der Reichspolitik gewertet werden könne. Nachdem im Reiche das Ministerium Fehrenbach zurückgetreten, sei die Sozialdemokratie gezwungen um das Reich zu retten. Redner schildert die internen Vorgänge bei der Bildung dieser Regierung und zeigt das unverständliche Verhalten der U.S.P. bei dieser Umbildung. Durch unser mutiges Eintreten sei eine Entspannung eingetreten. Aber jetzt komme es auf die Einlösung der eingegangenen Verpflichtungen an. Hierbei müssen die Lasten auf die tragfähigen Schultern gelegt werden. Die sächsische Politik, die sich nur im Rahmen der verbleibenden Macht- und Finanzverhältnisse auswirken kann, bekomme ihr Gepräge durch das Zusammengehen mit der U.S.P. und der stillen Teilhaberschaft der Kommunisten. Unsre Partei sei schon früher wiederholt zwecks gemeinsamer Arbeit an die U.S.P. herangetreten, doch stets ohne Erfolg. Es bedurfte erst der durch ihr Verhalten bei der Bildung der Reichsregierung und der Spaltung bedingten Niederlage bei der Reichstagswahl, um sie für eine Gemeinsamkeitsarbeit zu gewinnen. Es sei unter den gegebenen Stimmenverhältnissen schwer gefallen, eine Regierung zu bilden. Dabei sei auch ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei erwogen worden. Der Kasseler Parteitagsbeschluß habe dem zwar entgegengestanden, doch hätten Parteivorstand und Parteiausschuß diesen Beschluß für die Länder als nicht bindend erachtet. Bei der Einigungsverhandlung, die am 2. Dezember 1920 stattfand, habe Lipinski erklärt, daß man nicht den Anschein erwecken dürfe, als könnte man dem Proletariat goldene Berge versprechen. Die Diktatur komme für die U.S.P. erst in Frage, wenn die politische Macht erobert sei. Bei der Verteilung der Ministersitze habe die U.S.P. erst 4 verlangt (Gelächter), dann aber sich mit 3 Sitzen einverstanden erklärt. Die geringe Regierungsmehrheit berge dauernde Gefahren in sich, die auch heute nicht behoben seien. Zwar werden die Verhältnisse die U.S.P. nötigen, von ihrem Standpunkt, nicht mit Bürgerlichen in eine Koalition zu treten, abzugehen. Es müsse mit aller Offenheit betont werden, daß, **solange das Proletariat nicht die Mehrheit in einem Parlament habe, sie mit Rücksicht auf die Beeinflussung der Staatsmaschine mit bürgerlichen Parteien zusammengehen müsse.**

Leben • Wissen • Kunst

Der Schwan

Gastspiel des Wiener Burgtheaters

Streng und groß in der Wiedergabe klassischer Kunst, kultiviert, geschliffen, echt in Drama und Komödie der Zeit, so lebt „Die Burg" in der Theatergeschichte". Sie war durch Jahrzehnte der Stolz des deutschen Theaters überhaupt und das höchste Ziel jedes Schauspielers, der mit aufrichtigem Respekt für das Ensemble sein Können bis zu den äußersten Möglichkeiten entwickeln wollte. Die Liebe der Wiener hütete das Burgtheater wie ein köstliches Kleinod, das Kleine wurde ihnen zum Ereignis, das Bedeutsame zur Tat. Nur aus der Liebe und dem Glauben an das Große kann sich etwas Starkes und Bedeutungsvolles entwickeln. So ist das Burgtheater die schönste Blüte einer großen hellen freudigen Stadt, wie sie einmal war. Erstarrungen werden stets zur rechten Zeit aufgelöst durch die Zufuhr neuer Kräfte, die aus den Besten gewonnen wurden. So kam es, daß man aus der Kunst des Burgtheaters immer wieder starke Anregungen gewann, als der höchste Ruhm der großen Wolterzeit bereits sagenhaft zu werden begann. Die Burg blieb die Burg —, dem Gesetz der Wandlung war auch sie unterworfen, aber in den Alten, den Trägern der Tradition, war so viel Kraft, so viel Befruchtung, daß das Neue erzogen wurde und sich würdig in den Stil des Ganzen einordnete. Es ist zu hoffen, daß sich aus der Liebe zum Ganzen, aus dem Streben nach den höchsten Zielen so viel Energien entwickeln, daß der Begriff Burgtheater seinen stolzen Sinn für deutsche Theaterkunst behält. Albert Heine, der strenge und feine Künstler, ist ein trefflicher Hüter und Mehrer.

Das Ergebnis des ersten Gastspielabends war, was das Schauspielerisch-Künstlerische anlangt, fesselnd und sehr anregend, literarisch allerdings ganz unergiebig, denn Der Schwan von Molnár ist ein schlechter Theaterschmarren übelster Sorte. Das Stück ist so miserabel, daß den letzten Akt selbst die Darstellungskunst erlesener Kräfte nicht zu übergolden vermag. Aber — man sah Hedwig Bleibtreu, die priesterliche Frau und Künderin klassischer Kunst, als Beherrscherin des Salons, vornehm, stark überlegen und meisterlich in humorvollem Ausdeuten selbst der betrübendsten Banalitäten. Stil und Größe der Kunst selbst da, wo ihr kaum Handhaben gegeben sind. Dabei die Repräsentation und Haltung einer königlichen Frau. Georg Reimers, in dessen Kunst der warme, volle Herzenschlag unverändert pulst, der unvergeßlich gütige Held des großen Dramas, hatte einen peinlichen Pater, eine Art spiritus rector Claurenscher Familiengeschichten, zu spielen und übersonnte selbst die albernsten, gefühlsduseligen Momente mit der Echtheit seines Gefühls. Auguste Wilbrandt-Baudius — Pauline Ulrich in Stil und Wesen verwandt, ist durchaus keine Kuriosität, vielmehr beherrscht sie bei ihren hohen Jahren durchaus Situation und Pointe und läßt in feinen Einzelzügen ahnen, was sie einmal gewesen ist. Albert Heine macht sich ein wenig lustig über das Stück, aber er tut es mit souveränem Humor, der aus der kleinen Rolle des Haushofmeisters eine auffallende Figur von scharfen Umrißlinien macht — der scharfe, feine Charakterisierungskünstler verleugnete sich auch hier nicht. Was diskrete Schauspielkunst, Gestaltungskraft und Humor vermögen, zeigte Hermann Romberg als Thronfolger Albert, in Wenigem gab er viel, es war beste Burgtheaterkunst, eine vollendete Leistung. Ein Temperamentsschauspieler von überströmendem Gefühl bei einer gewissen harten fanatischen Linienführung ist Herr Schott. — Die stärkeren Momente des Stückes gewannen bei ihm Ausdehnung und Bedeutung. Die Vertreterin der jugendlich-weiblichen Hauptrolle Fräulein Elnad ließ allerdings außer persönlicher Anmut wenig Persönlichkeitszüge erkennen — eine Leistung, die kaum den Durchschnitt erreichte, teils Schülerinnenfleißheit, teils Burlimanieren.

Das Stück Molnárs, eine höfische ganz gleichgültige Heiratsgeschichte ist indiskutierbar. Und wenn jedes Mitglied des Ensembles über achtzig Jahre wäre, würde die Wahl dieses Fetzens, den Molnár vom Tische der Franzosen genommen hat, nicht zu billigen sein. — Das Beste des Abends war die gefeilte durch den Spielleiter Heine wirkungsvoll gesteigerte Ensemblekunst, eng verwandt der heimischen am Staatstheater gepflegten. Vielleicht zeigen die Dresdner einmal mit einer Aufführung wie die vom „Wetterleuchten" in Wien, wie hier Theater gespielt wird.

Hartwig.

Das Oelbild

Ausstellung der Künstlervereinigung Lennéstraße

Ps. Zu Ehren Klingers hat man ein großes Oelbild von ihm aufgehängt, bei dem man lebhaft an seine Radierungen erinnert wird. Er hat den Höhepunkt vor seinem Tode überschritten. Man ist heute vielleicht zu ungerecht gegen ihn. Im Saal des großen Toten kennt man das Uebrige: Kohler, Gußmann, Sterl. Jedes Jahr dasselbe ruhig ausgeglichene Können mit Unterschieden wechselnder Stärke; aber es fehlt ein wirklich tief Erregendes. Hettners Landschaften zeigen seine Kultur der Form in ihrem internationalen Charakter. Daß Nadler nur mit dem nachempfundenen Hodler vertreten ist, ist schade; ebenso daß Schuberts Winter nicht viel über ein Anschauungsbild mit modernen Formen hinauskommt. Griebel bemüht sich um Zurückführung von Formen, die zunächst einmal gesehen sind auf ihre einfachsten Elemente. Warum wählt man Objekte, die dafür so billig sind und von G. Grob und Arnold viel feiner noch beobachtet wurden? So gut der Kampf um die Einfachheit ist — ich möchte aber gern keine Rondos, rohe Landkartungen, Tatowierte und ähnliches mehr sehen. Unsre Kultur hat noch feineres Erkenntnismaterial. Seine Großstadtfenster sind mir lieber — Pochstein malt Bilder zu Dutzenden —, sehr viel mehr Herzblut ist in dem farbig frohen Bild dieses Saals. Kuh und Kälbchen von Wilhelm Rudolph, dessen Einfachheit noch überboten wird von seinem „Verlorenen Sohn", der trotz nachlassender Einzelheiten groß wirkt. Ebenso kann man den Arbeiten von Frank eine stille Achtung nicht versagen, bis auf die literarische, nicht ganz befriedigende „Schwangerschaft". — Für Hofer gilt dasselbe wie für Hettner; man bedauert, daß hinter der Form nicht das geistige Format Kokoschkas steckt. Rauens Bild zerfällt leider. Jörg Klemm ist gut vertreten mit einem Kopf und einer Komposition. — Bernhard Müller will mit feinen Bildern nichts und hat doch eine feine Liebenswürdigkeit und ein sicheres Können. — Der große Saal der rechten Seite hängt voller kunstgewerblicher Wanddekorationen mit und ohne literarische Beigaben: Meister, Böckstiegel, Lewerenz. Farbig starke Arbeiten sind darunter. Artur Rudolph hat Kokoschka in sehr greifbarer Nähe, wie J. Hauptmann Ignar, von ihm ist die Hafenphantasie das Reifste. Am wenigsten Kunstgewerbe in diesem Saal sind die beiden herausfallenden Bilder: das Porträt Winkelmanns und die Madonna Prubers.

Es gibt noch viele sehr anerkennenswerte Leistungen. Sie alle aufzuzählen ist müßig. Ich denke an Drescheds Aquarell in Cöln, an Jenisch, an Gimpel, J. Hegenbarth, Winkler, Preisler, Dietrich, an Klar Oberhof, Dirtze u. a. m. — aber sub specie aeternitatis im Lichte der Unendlichkeit, wer weiß, was bleiben mag! — Kokoschka —.

Als Ganzes gesehen ist die Ausstellung das Ende der Sturm — ismen. Der Sturm rührt sich nur noch in einem stillen Winkel. Das kunsthistorisch Interessante dieser Ausstellung ist, nur nachzusehen, wieweit die Früchte zu reifen beginnen, die die neue Freiheit der Form der Kunst beschert. Zunächst heißt die gemeinsame Parole: Einfachheit. In ihr liegt eine für unsre Zeit bitter notwendige Forderung beschlossen, etwas, das als geistige Forderung noch Zeit wird gebrauchen, ehe es allgemein zum Kulturgedanken wird. Die Kunst ist mit diesen Erkenntnissen immer vorausgegangen. Hoffen wir, daß sie diese Tendenz immer klarer zum Stil ausbildet.

Dresdner Kalender

Theater am 5. Juli. Opernhaus geschlossen. — Schauspielhaus: Der Schwan (7½). — Albert-Theater geschlossen. — Zentral-Theater: Die Scheidungsreise (7). — Residenz-Theater: Autoliebchen (7).

Residenz-Theater. Auch in dieser Woche gelangt allabendlich 7 Uhr die Posse Autoliebchen mit Mimi Grabitz zur Aufführung. — Zur Erstaufführung in Dresden hat die Direktion den musikalischen Schwank Der verjüngte Adolar von Karl Kraatz und Richard Keßler, Musik von Walter Kollo erworben.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210704/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Diese Erkenntnis sei in Württemberg und Bayern ganz besonders vorhanden, wo man die Bedeutung des Mitregierens deutlich empfunden habe. Was die Einigungsfrage angehe, so bedaure er die Spaltung aufs tiefste. Solange die programmatische Auffassung beider Parteien aber nicht übereinstimmen, sei eine Einigung schwer zu erreichen. Auch hier werde die Erfahrung vereinigend wirken. Ungeachtet dessen sei unsre Partei von dem Willen beseelt, die bestehende Regierungskoalition solange wie möglich zu halten und alle auftauchenden Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen. Wenn beide Parteien vom gleichen Willen durchdrungen seien, dann verkörpern sie eine Macht, die kein Bürgertum schwächen könne.

Robert Wirth, Dresden, gibt den

Bericht über die Landtagsfraktion.

Das Kräfteverhältnis der Sozialdemokratie ließ voraussehen, daß die von ihr geleisteten Arbeiten nicht befriedigen würden. Könne man sich immer nur im Rahmen der finanziellen Mittel auswirken, so werde selbst diese Auswirkung durch das Verhalten der Kommunisten unterbunden. Die Demokraten aus der Regierung herausgedrängt, treiben nicht nur eine starke Oppositions-, sondern eine häßliche Verbürgerungspolitik. Daß die Deutschnationale Partei mit allen Mitteln uns bekämpfen werde, war zu erwarten. Einst Herrscherpartei, könne sie es nicht überwinden, heute politisch beherrscht zu werden. Aber selbst in den Regierungsparteien ginge nicht alles so, wie es angenommen werde. Redner zeigt, wie die U. S. P. in der Verstaatlichung der Polizei, in der Kreditbewilligung für die Religionsgesellschaften ihren eigenen Ministern die Gefolgschaft versagt und uns an die Seite der Bürgerlichen gedrängt habe. Ganz besonders geißelt er ihr Verhalten in der Frage der Grund- und Gewerbesteuern. Sehe man von dem oft unparlamentarischen Verhalten der Kommunisten ab, so haben sie im allgemeinen die Regierung in entscheidenden Fragen gestützt, wenngleich ihre Politik eine rein unfruchtbare sei. Die Partei habe sich bemüht, im Rahmen der gegebenen finanziellen Verhältnisse nach Möglichkeit für das Proletariat Vorteile zu schaffen. Redner erwähnt die Arbeitslosenfürsorge, die Fürsorge im Wohnungsbau, die Beamtenbesoldungsregelung, Schulfragen usw. Bei der Schulfrage zeige sich, daß wir, die wir Jahrzehnte die Uebernahme der Schullasten durch den Staat gefordert, heute solches nicht durchsetzen können, sondern die Hälfte dieser Lasten den Gemeinden auferlegen müssen. Insgesamt seien 70 Vorlagen, 70 Anträge und ebensoviel Anfragen bewältigt worden. Redner bittet, die Fraktion nicht anhaltend mit den nichtigsten Anträgen zu belästigen, die eine positive Arbeit nur störten. Weiter bittet er, die Berichterstattung in der Parteipresse weiter auszubauen und die oft unbegründeten Angriffe zu unterlassen. Mit einem Aufruf zu reger Anteilnahme an der sächsischen Politik schließt der Vortragende.

Lange, Leipzig, begründet

Anträge zum Reichsschulgesetzentwurf

Er weist nach, daß dieses Gesetz die Schule zerschlage, das Niveau der Schule herabsetze und den Gemeinden ungeheure Lasten auferlege. Die Arbeiterschaft müsse sich einmütig gegen diesen Entwurf richten und sich schützend vor die Volksschule stellen. Würde der Entwurf Gesetz, dann würde der Besitz die Bekenntnisschule und die Armut die Weltanschauungsschule haben und die durchgeführte Einheit aufgehoben werden. (Beifall.)

Lischke, Chemnitz, begründet den Antrag 18, der eine Demokratisierung der Verwaltung, und den Antrag 19, der diese Demokratisierung auch durch Umgestaltung des sächsischen Staatsdienergesetzes sowie des veralteten Disziplinarrechts erreichen will. Nur auf diesem Wege sei eine Demokratisierung der Verwaltung möglich. Hierzu müsse die Bildung einer parlamentarischen Kommission vorgenommen werden.

Koch, Zwickau, spricht für den Antrag 27: Alle durch die Reichsverfassung erledigten Gesetze und Verordnungen sind im sächsischen Gesetz- und Verordnungsblatt unter Angabe des Titels zu veröffentlichen. Er verweist auf einige Fälle der Praxis, die diesen Antrag notwendig machen.

Klausner, Chemnitz, befürwortet den Antrag 16, der eine beschleunigte Trennung von Staat und Kirche verlangt.

Loeserelt(?), Chemnitz, tritt für den Antrag 14 ein, der eine Ueberführung von Grund und Boden in den Besitz der Allgemeinheit fordert. Er verweist dabei auf die Bodenspekulation, die zu einer starken Verteuerung geführt habe.

Dr. Wünsche, Löbau, spricht zur Schulfrage. Die Bestimmung des Uebergangsschulgesetzes enthalten nur Soll- und Kann-Bestimmungen. Wo die Sozialdemokratie in den Gemeinden wirke, wäre das Bildungsgebiet erhöht, in ländlichen Orten hingegen bleibe es bei dem alten Niveau. Die höheren Schulen sind heute mehr denn je Privilegien der besitzenden Kreise. Er hätte gewünscht, daß sofort nach der Revolution in den Gymnasien Klassen für begabte Volksschüler zwecks Zuführung für die Hochschulen errichtet worden wären. Heute herrsche überall ein reaktionärer Geist. Die geplante Errichtung der Arbeiter-Akademie sei ein Halbwerk. Wolle die Arbeiterschaft Einfluß auf die Leitung in der Wirtschaft und Gesetzesmaschine erlangen, dann müssen die Hochschulen den Kindern des Proletariats geöffnet werden. Es müsse ein Landesausschuß gegründet werden, der diesbezügliche Anträge auszuarbeiten habe.

Ministerpräsident **Buck**: Die führenden Männer der sächsischen Politik seien nicht frei von Fehlern, habe Genosse Wirth erklärt. Das treffe zu. Aber diese Männer hätten die Pflicht, alle in der Politik wirkenden Fragen zu berücksichtigen und da komme man oft zu andern Ergebnissen, als wie jene Leute, die diese wirkenden Faktoren nicht in Rechnung stellen. Er wünsche, daß die Angriffe, die oft an diese führenden Männer gerichtet werden, in Zukunft unterbleiben. Er verweist auf einen Löbauer Fall, wo das Ministerium angegriffen worden sei, weil es eine die Regierung scharf angreifende bürgerliche Zeitung die amtliche Publikation nicht entzogen habe. Im übrigen kommt er auf die Neuregelung der Amtsorgane zu sprechen und betont, daß diese, nach unpolitischen Gesichtspunkten, nur unter Berücksichtigung des Leserkreises erfolgen müsse. 54 solche Publikationsorgane seien die ministeriellen Bekanntmachungen entzogen, andern Organen dafür gegeben worden. Weiter bespricht er die Kritik, die aus Anlaß einer Begrüßungsrede der Landwirtschaftlichen Ausstellung in Leipzig erfolgt sei. Der Ministerpräsident habe die Pflicht, Tagungen von Bedeutung zu besuchen. Die Hauptsache sei, daß er seinen sozialistischen Standpunkt dabei wahre. Er kommt dann auf die Einigung zu sprechen und betont, daß niemand im Saale sei, der sie nicht wünsche, daß man aber die Verhältnisse ausreifen lassen müsse. Die durch den Krieg entstandene wirtschaftliche und finanzielle Not hervorhebend, kommt er zum Ergebnis, daß viele Wünsche der Arbeiter unberücksichtigt bleiben müssen. Die Frage des Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien sei eine taktische Frage. Erkenne die Deutsche Volkspartei die Demokratie an, so habe er gegen eine Koalition selbst mit dieser Partei nichts einzuwenden.

Bethe(?), Freiberg, verweist auf die im Reich entstandene wirtschaftliche Lage. Die kommende Verteuerung der Lebensmittel, Verbrauchsgegenstände, werde die Partei vor neue Schwierigkeiten stellen. Ihnen heiße es ins Auge sehen und den Arbeitern klarmachen, inwieweit wir diese Verteuerung abzuwehren in der Lage sind. Die sächsische Politik könne nur unter Berücksichtigung der Reichspolitik bewertet werden. Denn inwieweit wir soziale Gesetze durchführen, hänge von den Finanzen ab. Die gegenwärtige Koalition gebe keineswegs immer die Gewähr einer Durchführung solcher sozialen Gesetze. Die Grund- und Gewerbesteuer zum Beispiel habe bewiesen, wie man den bürgerlichen Parteien Konzessionen machen mußte, um der Regierung die durch sie erbrachten Mittel in die Hand zu geben. Die Demokraten nahmen, weil sie befürchten, in dem beginnenden großen wirtschaftlichen Kampf zwischen Besitz und Proletariat aufgerieben zu werden, nicht nur eine scharfe oppositionelle Haltung ein, sondern sie treiben direkte Bürgergerungspolitik(?). Das gehe soweit, daß Staatsbeamte als Abgeordnete sich bisher nichtgekannte Dreistigkeiten gegen die sozialistischen Minister erlauben. Auf die Reichspolitik eingehend, betont er, daß alle Versuche, die Wirtschaft umzuändern, so lange Illusionen bleiben werden, als die geistig wirkenden Kräfte in dieser Wirtschaft nicht von der Umstellung überzeugt oder durch die eisernen Tatsachen dazu gezwungen werden.

Meyer, Zwickau, begründet eine Entschließung, die sich dafür verwendet, daß die durch das Ultimatum und auferlegten Lasten den besitzenden Klassen auferlegt werden. Die Entschließung wird angenommen.

Dietz, Plauen, fordert, daß die alten Wahrzeichen der Monarchie beseitigt werden. Er schildert einen Fall der Justiz, wonach in Plauen ein unabhängiger Redakteur, der die unglaubliche Behandlung eines Kindes in einer staatlichen Anstalt der Wahrheit entsprechend kritisiert habe, mit 1500 M. Geldstrafe verurteilt worden sei. Der Staatsanwalt mit Hakenkreuz geschmückt, habe gegen die Sozialdemokratie scharfe Stellung genommen.

Auerbach, Chemnitz, behandelt die Einigungsfrage. Die Arbeiterschaft in den Betrieben wünsche eine solche unter allen Umständen. Man solle nicht nur von Einigkeit reden, sondern auch entsprechend handeln. Wenn die Partei ihr nicht zustrebe, würde sie von der Arbeiterschaft selbst durchgeführt werden.

Die Entschließung für die Einheitsfront

Da es uns nicht möglich ist, den Bericht der gestrigen Tagung heute vollständig fortzubringen, veröffentlichen wir hiermit die einstimmig angenommene Resolution zur Verschmelzungsfrage:

Die Landesversammlung der Sozialdemokratischen Partei Sachsens erblickt im Einheitsstaat der nach den Grundsätzen der Sozialdemokratie aufzubauenden deutschen Republik die Staatsform, durch die die Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete bis aufs äußerste gesteigert werden kann und die in ihren Wirkungen dem gesamten Volke unbeschränkt zugute kommen soll.

Die Zustimmung beider sozialistischen Parteien und die Solidarität von Großkapital und Reaktion bei der Abwälzung der Lasten auf die Schultern des arbeitenden Volkes zwingen auch die Arbeiterklasse zur Herstellung einer starken politischen Einheitsfront. Die gemeinschaftliche Regierungsarbeit beider sozialdemokratischer Parteien in Sachsen hat bewiesen, daß die theoretischen und sachlichen Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Unabhängigen keineswegs mehr so groß sind, daß sie ein dauerndes Hindernis der Wiedervereinigung beider Parteien bilden müßten.

Die Landeskonferenz bekundet deshalb den festen Willen, die von beiden sozialistischen Parteien gebildete Regierung zu halten und ihre Arbeit mit allen Kräften zu fördern. Sie schlägt deshalb vor, nichts unversucht zu lassen, um nicht nur im Landtage, sondern auch in den Gemeindeparlamenten Arbeitsgemeinschaften zu schaffen mit dem Ziele einer späteren organisatorischen Wiedervereinigung.

Bis zur Erreichung dieses Zieles werden Parteileitung und Fraktion ihre Tätigkeit entsprechend dem Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den Beschlüssen ihrer Parteitage im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung entfalten.

Bei einer Veränderung der politischen Lage, gleichwie in welcher Form, ist eine außerordentliche Landeskonferenz einzuberufen."

Reichskanzler Wirth über Oberschlesien

Berlin, 4. Juli. Der Oberschlesiertag fand am Sonntag seinen Abschluß in einer von Tausenden besuchten Versammlung in der Philharmonie. Unter den Teilnehmern befanden sich der Reichspräsident Ebert in Begleitung des Reichskanzlers Dr. Wirth, ferner der preußische Ministerpräsident Stegerwald sowie zahlreiche Parlamentarier und Vertreter der Reichs- und staatlichen Behörden.

In einer Stegreifrede versicherte der Kanzler, daß man in Deutschland bis hinein in das letzte Dorf die Not und das Elend der Oberschlesier kenne und würdige. Er wies darauf hin, daß Deutschland eine schwere Leidenszeit hinter sich habe. Unendliche Werte, meist unersetzlich, seien verloren gegangen. Gerettet seien die Volkseinheit und die Einheit des deutschen Wirtschaftslebens. Zu den kaum geschlossenen Wunden, die Deutschland im Weltkrieg geschlagen worden seien, seien zwei neue frischblutende hinzugekommen: die eine blutet drüben am Rhein, wo trotz der Annahme des Ultimatums fortgefahren werde mit Erpressungen und Pressionen. Die Aufrechterhaltung der Erpressersanktionen müsse bezeichnet werden als die größte europäische Torheit seit Jahrhunderten. Die zweite große Wunde blutet drunten in Oberschlesien. Sie sei die schwerste und tiefste, die Deutschland geschlagen worden sei. Die Frage, was aus Oberschlesien würde, könne auch er nicht beantworten. Aber eines müsse festgehalten werden: Oberschlesien dürfe nicht ein Handelsobjekt der Geheimdiplomatie werden. Die oberschlesische Frage sei eine europäische Frage, an der in gewissem Sinne die ganze Welt interessiert sei. Nicht alles, was über die Selbstbestimmung der Völker gesagt worden sei, könne Schall und Rauch sein. Diese Auffassung bringt uns zu der Ueberzeugung, daß auch in Oberschlesiens Schicksal der Wille des Volkes entscheiden werde. Mehr als interalliierte Interessen ständen in diesem deutschen Lande auf dem Spiele. Was Oberschlesien mit Deutschland und Deutschland mit Oberschlesien verbinde, das sei die Heimatliebe, die einzig dastehe, die Liebe zum deutschen Volk, zum Deutschen Reich und zur deutschen Kultur.

Der Kanzler schloß mit der Aufforderung, auszuharren, so schwer es auch falle, bis zu dem Tage, wo Freiheit und Vaterland in ihrer alten Blüte wieder erstehen werden.

Ein Zwischenfall

Als der Reichskanzler zum Schluß seiner Rede erklärte, das Schicksal Oberschlesiens werde in Paris, London und Washington entschieden, erscholl ein Zwischenruf: „Und in Berlin!" Der Kanzler griff diesen Zwischenruf auf, indem er fortfuhr: „Jawohl, auch in Berlin, wenn wir uns mit Engelsgeduld, mit langer, harter, unerschütterlicher Geduld wappnen." Hierauf entstand in der Versammlung große Unruhe, und es wurden die Zwischenrufe laut: „Nein! Nein! Wir wollen nicht länger Geduld haben!" Die Versammlungsleitung bat darum, keine Zwischenrufe mehr zu machen, worauf der Kanzler in seiner Rede fortfuhr und betonte, nur das Recht müsse in der oberschlesischen Frage entscheiden.

Friede mit den Vereinigten Staaten von Amerika

Eigne Drahtmeldung

Neuyork, 4. Juli. Präsident Harding unterzeichnete die Resolution über die Wiederherstellung des Friedenszustandes mit Deutschland und Deutschösterreich. Nach einer Meldung des Neuyorker Herald wird der Rückzug der amerikanischen Besatzungstruppen am Rhein nunmehr erfolgen. Der jetzt zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland eintretende Friedensvertrag läßt ein Weiterverbleiben der amerikanischen Truppen im Rheinland nicht gerechtfertigt erscheinen.

Das deutsche Privateigentum in Amerika

Berlin, 4. Juli. Zu der Washingtoner Meldung, daß das Oberste Bundesgericht die Zurückgabe des 1 Million betragenden, aus Gold- und Wertpapieren bestehenden Vermögens der Gräfin Bernstorff angeordnet hat, spricht die Berliner Morgenpost die Erwartung aus, daß jetzt nach der Friedensunterzeichnung das gesamte deutsche Privatvermögen zurückgegeben werden möge.

Die polnischen Arbeiter in Deutschland

Berlin, 4. Juli. Die aus Polen und Deutschen bestehende polnische Kommission ist am Sonntag aus dem Ruhrgebiet nach Berlin zurückgekehrt. Sie gab über die Ergebnisse ihrer Reise für die polnische und deutsche Presse folgende Erklärung ab: Die polnischen Arbeiter im Ruhrgebiet sind wegen ihrer Stammeszugehörigkeit keinen unnötigen Beschwerden unterworfen. Abgesehen von wenigen Einzelfällen haben keine Entlassungen, geschweige denn Ausweisungen stattgefunden. Staatliche Behörden, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sind in gleicher Weise bestrebt, dieses Zusammenarbeiten der beiden Nationalitäten sicherzustellen. Verfehlungen einzelner Personen finden Ahndung, auch wenn diese Person eine amtliche Stellung bekleidet. Alle Beteiligten waren sich darüber einig, daß alles getan werden müsse, sowohl in Deutschland wie in Polen, um die Gegensätze auszugleichen. Die Kommission begibt sich am Montag in das Niederlausitzer Braunkohlenrevier.

Exkönig Karl in Nöten

Genf, 3. Juli. Exkönig Karl hat sich gezwungen gesehen, um eine Verlängerung seiner Aufenthaltsgenehmigung in der Schweiz nachzusuchen, da sowohl England als auch Spanien ihm die Einreiseerlaubnis verweigert haben. Er steht zur Zeit mit der griechischen Regierung in Verhandlungen. Man glaubt aber nicht, daß Griechenland dem Exkönig gestatten wird, sich in Griechenland niederzulassen.

Wann endet der Haß?

Paris, 3. Juli. Die französische Gruppe der Interparlamentarischen Union hat ihren früher gefaßten Beschluß wieder verworfen. Sie wird gleich den Belgiern nicht zur Konferenz in Stockholm erscheinen, weil dort auch Deutsche vertreten sind.

Oberschlesiens Furcht vor neuem Aufruhr

Eigene Drahtmeldung

Breslau, 4. Juli. Der Interalliierten Kommission wurde eine Erklärung der vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften Oberschlesiens übermittelt, in der es u. a. heißt:

Die Interalliierte Kommission glaubt den Polenaufstand durch das Räumungsabkommen beseitigen zu können. Die leidende Bevölkerung Oberschlesiens hat Grund zu der Annahme, daß dieser Aufstand nicht der letzte ist. Die Formationen der Aufständischen gehen bewaffnet über die Grenze zurück. Sie werden mit ihren Geräten nach Polen transportiert so, wie sie von dort gekommen sind. Die aus Oberschlesien stammenden Aufständischen gehen mit ihren Schußwaffen in ihre Heimatsorte. In der deutsch und polnisch gedruckten „Polnischen Presse" spricht man schon jetzt von einem neuen polnischen Aufstand.

Unsre Besorgnis vor der Zukunft wird verstärkt durch die Nachrichten über eine unmittelbar bevorstehende Amnestie. Es ist eigne Angelegenheit der I.K.K., wenn sie entgegen ihrer Proklamation vom 11. Februar und entgegen ihrer Bekanntmachung vom 3. Mai 1921 die Verletzung ihrer Autorität durch eine Amnestie ungesühnt lassen will. Aber sowenig wir Vergeltungsmaßnahmen an dem mißleiteten polnischen Volke erstreben, so sehr fordern wir mit allem Nachdruck, daß die für den Aufstand verantwortlichen und die an am Aufstand verantwortlichen Stellen tätig gewesenen Personen zur Rechenschaft gezogen werden. Nach unserm Rechtsbewußtsein würden unter die Amnestie fallen: 1. der bisherige Plebiszitkommissar Korfanty und die Mitglieder des Stellungsausschusses(?); 2. die Kommandanten von Formationen der Aufständischen, die Orts- und Kreiskommissare, auf deren Befehl und unter deren Verantwortung Verbrechen und Vergehen verübt worden sind; 3. die Vorsitzenden und Beisitzer der Feldgerichte der Aufständischen; 4. alle Teilnehmer des Aufstandes, die am 3. Mai 1921 Beamte der I.K.K. gewesen sind, insbesondere die Kreisdelegierte(?) und die Beamten der Polizei Oberschlesiens und die Spezialpolizei; 5. und letztens alle diejenigen Personen, ohne Unterschied der Nationalität, die Verbrechen und Vergehen an Leib und Eigentum begangen haben.

Französisches Kriegsmaterial für Polen

Danzig, 3. Juli. Am 1. Juli lief ein französischer Dampfer, von Cherbourg kommend, mit Kriegsmaterial und Artilleriemunition für Polen in Danzig ein. Im Zusammenhang hiermit steht offenbar die Ankunft der 30 bewaffneten polnischen Infanteristen, die der Dampfer hier angekommen sind und die Bewachung des Kriegsmaterials während der Lagerung in Danzig übernehmen werden.

Aus aller Welt

Explosionen

Auf dem Schießplatz Cummersdorf bei Zossen wurde durch eine Explosion ein Arbeiter getötet. — In der Munitionszerlegungsstelle Germsch(?) bei Magdeburg wurden beim Zerlegen einer russischen Granate zwei Arbeiter in Stücke gerissen.

Waldbrand

Metz, 30. Juni. Ein infolge einer großen Explosion in dem früheren deutschen Munitionslager im Walde von Creuz(?), etwa 15 Kilometer südlich von Metz unweit Peltre, entstandenes Feuer dehnte sich sofort auf den Wald aus. Weitere Explosionen folgten.

Streit mit belgischen Soldaten

Oberhausen, 1. Juli. Der Polizeiassistent Folgenträger(?) geriet mit belgischen Soldaten in Streit. Die Soldaten schafften darauf den Polizeiassistenten nach Meiderich. Als er seiner Festnahme Widerstand entgegensetzte, schossen die Belgier auf ihn und verletzten ihn schwer durch einen Lungenschuß. Ferner brachten sie ihm mehrere Bajonettstiche bei.

Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

	Megort	3.	4.		Megort	3.	4.
Moldau	Budweis	— 44	— 22	Elbe	Brandeis	— 36	— 39
Moldau	Modran	— 75	— 74		Melnik	+ 26	+ 25
Iser	Jungbunzlau	— 20	— 20		Leitmeritz	+ 38	+ 32
Eger	Laun	— 26	— 28		Aussig	— 42	— 43
Elbe	Pardubitz	— 79	— 76		Dresden	— 158	— 152

Wärme der Elbe in Dresden: 19 Grad Celsius.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210704/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

4. Kreis. Mickten, Uebigau, Trachau und Radis

Den Mitgliedern hierdurch die traurige Nachricht, daß unser langjähriger treuer Genosse, der Schlosser

Adolf Kupfer

gestorben ist. Wir werden sein Andenken in Ehren halten. Die Beerdigung erfolgt Dienstag den 5. Juli, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause Uebigau, ... nach dem Radebeuler Friedhof. Um zahlreiches Geleit ersucht D. L.

4. Unterbezirk. — Bezirk Weißig.

Am Sonnabend vormittag starb nach langem Leiden unser lieber Genosse, der Zimmermann

Gustav Alwin Schuster

... im Alter von 36 Jahren. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags ... Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Nach einem arbeitsreichen Leben verschied Freitag früh 3½ Uhr, unser lieber Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Otto Rabe

Tischler

im Alter von 64½ Jahren.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag den 5. Juli, nachmittags ... Uhr, auf dem ... Friedhof statt.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß nach langem, schwerem Leiden unsre liebe Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Charlotte Jatzke

im Alter von 25 Jahren sanft entschlafen ist. Wilschdorf, den 1. Juli 1921.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Dienstag den 5. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des ... Friedhofs aus statt.

DRESDNER BANK

Bilanz per 31. Dezember 1920.

Aktiva.

	M	Pf	M	Pf
Kasse, fremde Geldsorten, Zinsscheine u. Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken			[illegible]	
Wechsel u. unverzinsliche Schatzanweisungen			6 767 992 227	[illegible]
a) Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten	6 767 992 22[illegible]	[illegible]		
b) eigene Akzepte	—			
c) eigene Ziehungen	—			
d) Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—			
Nostroguthaben bei Banken und Bankfirmen			804 273 843	80
Reports und Lombards gegen börsengängige Wertpapiere			206 061 326	85
Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffungen, davon am Bilanztage gedeckt			436 730 660	[illegible]
a) durch Waren, Fracht- oder Lagerscheine	296 388 [illegible]	[illegible]		
b) durch andere Sicherheiten	[illegible]	[illegible]		
Verzinsliche Schatzanweisungen des Reichs und der Bundesstaaten			14 288 477	60
			3 463 843 887	95
Eigene Wertpapiere			121 250 201	50
a) Anleihen des Reichs und der Bundesstaaten	11 918 287	09		
b) sonstige bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beleihbare Wertpapiere	8 450 242	[illegible]		
c) sonstige börsengängige Wertpapiere	[illegible]	[illegible]		
d) sonstige Wertpapiere	[illegible]	[illegible]		
Konsortialbeteiligungen			71 377 149	[illegible]
Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen			77 211 035	50
Schuldner in laufender Rechnung			2 741 230 [illegible]	[illegible]
a) gedeckte	1 671 730 [illegible]	[illegible]		
b) ungedeckte	1 069 492 566	10		
außerdem Aval- und Bürgschaftsschuldner: M. 1 347 187 000 —				
hierunter Avalforderungen an Reich und Reichsbank M. 237 721 150 —				
Bankgebäude			61 385 413	[illegible]
Sonstige Immobilien			4 192 324	[illegible]
Mobilien-Konto			11 140 475	32
Pensions-Fonds-Effekten-Konto			9 220 471	22
Effekten-Konto der König-Friedrich-August-Stiftung			95 205	—
Effekten-Konto der Georg-Arnstadt-Stiftung			122 750	—
Saldo der Zentrale u. auswärtigen Abteilungen mit unserer Niederlassung in London			39 030 784	80
			12 190 775 918	79

Passiva.

	M	Pf	M	Pf
Aktien-Kapital-Konto			350 000 000	—
Rücklage A			31 000 000	—
Rücklage B			39 000 000	—
Talonsteuer-Rücklage-Konto			1 444 506	—
Gläubiger			11 [illegible]	95
a) Nostroverpflichtungen	22 874 199	[illegible]		
b) seitens der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite einschließlich der für Reich und Reichsbank übernommenen	149 192 [illegible]	[illegible]		
c) Guthaben deutscher Banken und Bankfirmen	849 714 906	—		
d) Einlagen auf provisionsfreier Rechnung				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	1 882 042 [illegible]	[illegible]		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	542 730 322	[illegible]		
3. nach 3 Monaten fällig	471 343 645	[illegible]		
e) sonstige Gläubiger				
1. innerhalb 7 Tagen fällig	8 113 431 249	[illegible]		
2. darüber hinaus bis zu 3 Monaten fällig	971 747 224	[illegible]		
3. nach 3 Monaten fällig	382 057 [illegible]	[illegible]		
Akzepte			116 922 [illegible]	[illegible]
Außerdem Aval- und Bürgschaftsverpflichtungen einschließlich der für Reich und Reichsbank übernommenen M. 1 347 187 000 —				
Eigene Ziehungen	—			
davon f. Rechnung Dritter	—			
Weiterbegeb. Solawechsel der Kunden an die Order der Bank	—			
Dividenden-Konto			1 263 998	—
Pensions-Fonds-Konto			9 747 841	65
König-Friedrich-August-Stiftung			107 294	[illegible]
Georg-Arnstadt-Stiftung			150 542	[illegible]
Eugen-Gutmann-Fonds			2 063 377	19
Uebergangsposten der Zentrale und Filialen untereinander			[illegible]	[illegible]
Reingewinn			111 226 120	—
			12 190 775 918	79

Dresden, den 31. Dezember 1920.

DRESDNER BANK

Nathan. Jüdell. Herbert M. Gutmann. Hrdina. Kleemann. Ritscher. Frisch.

Hans Petersen
früher Rathenkrug (Claubdnemarf)
jetzt: **Schleswig IV**
Herrenhall 5.
... Tafel-Zubehör ... Butter ...

Ziehung 18. bis 23. Juli
Geld-Lotterie
für das
Samariterwesen
in Sachsen.
Hauptvertrieb
Alexander Hessel
Dresden, Weiße Gasse 1
100 000
75 000
25 000
10 000
5 000
kleinst. Gewinn M 10
Lose à M 4.— (Porto und Liste M 1.40) bei den ... und den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Große Auswahl
... Gr. Brüdergasse 9, I. Sonnabend geschlossen.

Kinderwagen
sehr gut erhalten, **Touristenschuhe** ... Gr. Brüdergasse ...

Städtisch!
Städtisches Bestattungs-Amt
Stadthaus Annenstr., Am See 2
Fernrufe Nr. 14385, 17339, 20082.
Beerdigungen u. Feuerbestattungen
in jeder Ausführung. Anschlüsse kostenlos. Annahme von Einzahlungen. Sofortige Bestellung der Bezirksheimbürgin. Die Rechnungen werden amtlich geprüft und abgestempelt.
Städtisch!

Aelterer Rohrwerkdreher (Union)
mit allen vorkommenden Arbeiten vertraut, gesucht. Offerten unter D. S. 80 a. d. Exp. d. Bl.

SPD. 4. Unterbezirk
Parteisekretariat Telephon 19 ... Dresden-Altstadt Wettinerpl. 10, I.
Bezirk Kötzschenbroda, Gruppe Naundorf.
Mittwoch den 6. Juli, abends 8 Uhr, in der Schule, Klassenzimmer 2
Oeffentliche Frauenversammlung.
Die Frauen und der Sozialismus.
Referentin: Genossin Landtagsabgeordnete Eva Büttner, Dresden. Frauen der werktätigen Klasse, erscheint zu diesem interessanten Vortrag in Masse. Die Gruppenleitung.

SARRASANI
Letzte Woche. Abschiedsvorstellungen; 10. Juli. Täglich 7.15 Uhr.
Kurzes Gastspiel: Entfesselungs-Matador
Martini-Sceny
Heute sind
100 Polizeibeamte
aus Dresden eingeladen worden, Herrn Martini-Sceny mit fünffacher Polizeifessel festzumachen. Herr Martini-Sceny wird dieser Fesselung entschlüpfen! Er behauptet es wenigstens.
Außerdem Sarrasanis unverkürztes Abschiedsprogramm.
Vorverkauf: Grenzkasse u. Strahl-Kaufh.

Die beliebt. Tanzstätte Dresdens!
Z Paradiesgarten Dr.-Zschertz. Fernruf 27375. Endst. Linie 2
Heute Montag 6½ Uhr **Große Ballschau**
2 Kapellen Wandow-Orchester u. Fredersdorf-Kapelle
Z bleibt Z

Ball-Anzeiger
für Montag den 4. Juli:
Carolasäle ... Damen- u. Herren-Ball.
Deutsche Reichskrone Festsaal, Königsbrück. Str. Straßenbahn 5, 7 und 13.
Schusterhaus Hamburger Straße 65. Montag 8 Uhr Gr. Gesellschaftsball. Saal in voller Blütenpracht.
Dienstag den 5. Juli:
Gasthof Pieschen Torgauer Str. 38 Straßenbahnlinien 10, 15 jeden Dienstags, 8 Uhr
Goldnes Lamm Trachau Leipziger Straße 220 Straßenbahnlinien 10 u. 15 Künstlerkapelle ...

Bankhaus
Grieshammer & Söder
Dresden-A., Viktoriastrasse 28
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte
Fernsprecher 12451

D. K. H.
Drei-Kaiser-Hof
Montag, 8 Uhr
Vornehmer Ball
Doppelkapelle Schönberg
Straßenbahn 7, 13, 22

Nur **Lauto** ... **Kopfläuse** u. Brut ... In Apotheken und Drogerien. Hygpharm-Hannover.

Vogelwiese 1921
Nürnberger Bratwurst-Glöcklein
Bayrisches Patrizier-Exportbier
(wie in Friedenszeiten)
aus der Lederer-Brauerei, Nürnberg.
Langs Original-Oberlandler
Preisgekrönte Schuhplattler. / Treffpunkt der Gemütlichkeit. / Münchner Humor.
Spezialität: Münchner Rostbrat-Würstlein.
Eigene Fleischerei.

Vogelwiese
Wein- u. Tanzsalon Hackerklause
am Königsplatz
Vorzügliche Weine, Biere, Speisen
Konzert :: Likörbüfett.

Die Verächter des Todes!
Vogelwiese! Straße 7, Ecke 1.

Todesfahrten mit Motor und Fahrrädern an steiler Wand.

Vogelwiese, Str. 8, Ecke 6
Großes bayer. Bierzelt
Täglich:
Großes Konzert
einer Original-Oberlandler-Kapelle
Ausschank
von Original-Reichelbräu-Kulmbacher
:: Echte Nürnberger Rostbratwürste ::
Es laden ergebenst ein Ultsch u. Günther.

Rothes Schankzelt
Straße 11, Ecke Straße 10.
Gute Speisen / Vorzügliche Getränke ff. Kaffee und Kuchen.
Gemütlicher Aufenthalt.
Um zahlreichen Besuch bitten Bernh. und Rosa Rothe.
Mitglied des I. V. reisender Schausteller, Vereins Dresdner Handelsleute und Vereins Sächs. Fahrgeschäftsinhaber.

Vogelwiese, Str. 5, 7, 8
25 jähriges Geschäfts-Jubiläum
Zur guten Quelle
Aelteste Konzert-, Schank- u. Speisehalle.
Spezialausschank des beliebten
Dresdner Felsenkeller-Vollbieres.
ff. kalte und warme Küche. — Konditorei und Kaffee. —
Täglich großes Konzert
von der ... Bauernkapelle, unter persönlicher Leitung des Herrn ... Röthig ...
... laden ergebenst ein Gebr. Ortmaier.

Vogelwiese, Str. 7, Ecke 10
Der orientalische Irrgarten
Sammelpunkt der fröhlichen Gesellschaft.
Die Hexenschaukel
eine hochinteressante Fahrt für jedermann.
Salomé, das blaue Weib.
... Um zahlreichen Besuch bittet der Besitzer.

Kohlepapiere Farbbänder
in nur bester Güte bei
M. & R. ZOCHER
Dresden, Annenstr. 9, Ecke ...

Für 12 M. wird aus Ihrem alten, bis zum Kinnig. ein **neuer Strohhut.** Färberei Am See 12 :: ...

Im Stadt ♥ Dresden ...

Buchhandlung von Kaden & Comp.
Wettinerplatz 10
Teuerung und Geldentwertung
Von Dr. Max Sachs.
Preis 2 Mark.

Das Grubenunglück von Mont Cenis im Reichstag

Am Sonnabend wurde die Interpellation des Zentrums und der Unabhängigen über das Grubenunglück in Mont Cenis vor sehr schwach besetztem Hause verhandelt. Vornehmlich die Bänke der Rechten waren beinahe leer, was dem Demokraten Ziegler Anlaß gab, die Interesselosigkeit der Abgeordneten mit Recht scharf zu rügen. Die Begründer der Interpellationen, die Abgeordneten Imbusch (Zentr.) und Pieper (U. Soz.) gaben ruhig und sachlich eine fachmännische Darstellung des Ergebnisses der Untersuchungen, die von der Regierung nachher noch erweitert und ergänzt wurde. Den sogenannten Arbeitervertretern der Rechten, dem deutschnationalen Abgeordneten Koch und dem Volksparteiler Herrn Winnefeldt, blieb es vorbehalten, den ganzen Untersuchungsausschuß für überflüssig zu erklären und der Linken parteipolitische Ausbeutung des traurigen Falles vorzuwerfen, wovon natürlich nicht entfernt die Rede sein kann. Diesen Herren stand es von vornherein fest, daß alles in schönster Ordnung war. Gen. Janschek wandte sich temperamentvoll gegen diese Gleichgültigkeit und Herzensröte und klagte das Tantiemesystem an, das die Arbeiter zwingt, ohne Rücksicht auf die Sicherheitsvorschriften ihr vorgeschriebenes Quantum Kohlen zu fördern, um nicht im Lohn gekürzt zu werden. Auch im Betrieb war, wie er ausführte und wie nachher der Kommunist Braß bestätigte, durchaus nicht alles in Ordnung. Die Debatte über das Grubenunglück wird hoffentlich das eine Gute haben, daß die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit mehr als bisher auf die mannigfachen Gefahren gerichtet wird, denen der Bergmann ausgesetzt ist, und daß man sich auf allen Seiten bemüht, diesen Gefahren, soweit es nach dem heutigen Stande der Technik möglich ist, zu beseitigen.

Deutscher Reichstag

118. Sitzung des Reichstags am Sonnabend den 2. Juli 1921, vormittags 11 Uhr.

Eine kommunistisch-unabhängige Interpellation über die Aufhebung des Schwerkriegsbeschädigten-Lazaretts Charlottenburg wird, wie Reichsarbeitsminister Dr. Brauns mitteilt, in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Das Gesetz über die Anmeldung des zur Durchführung des Friedensvertrages beschlagnahmten Luftfahrgeräts wird in allen drei Lesungen angenommen. — Das Militär-Rentengesetz, und die Vorlage über die Erhöhung der Gebühren der Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher gehen an die Ausschüsse. — Das Gesetz über die Erhöhung der patentamtlichen Gebühren wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen. — Es folgt das Gesetz zur Sicherung von gewerblichen Schutzrechten deutscher Reichsangehöriger im Auslande. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung unverändert angenommen.

Es folgt das Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn.

Abg. Dr. Geyer (Komm.) erklärt, das Gesetz sei das Muster einer unsozialen Gesetzgebung. — Die Vorlage wird darauf ohne weitere Aussprache in zweiter und dritter Lesung angenommen. Auch die Kommunisten stimmen dafür. (Heiterkeit.)

Die Katastrophe von Herne

Auf der Tagesordnung stehen dann die Interpellationen Imbusch (Zentrum)-Rosemann (U. Soz.) über das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis.

Abg. Imbusch (Zentr.) begründet die Interpellation. Im Namen meiner Fraktion spreche ich den von dem Bergwerksunglück auf der Zeche Mont Cenis Betroffenen unser herzliches Mitgefühl aus. Die Zeche Mont Cenis baut Gaskohle. Die Explosion ereignete sich auf der fünften Sohle. Am schlimmsten wurde das Flöz Matthias betroffen. Die Flamme schlug auch durch den Stapel nach unten und durch die Querschläge. Alle Unglücksfälle lassen sich im Bergbau nicht vermeiden, aber solche Massenunfälle müssen verhindert werden. Im Falle Mont Cenis haben sich einmal Grubengase angesammelt, was nicht geduldet werden darf, und dann darf in solchen Gruben nur mit Sicherheitssprengstoff geschossen werden. Was beweist die Behauptung, es läge Schuld der Arbeiter vor? Wir wissen ja, wieviel nicht genügend erfahrene Arbeiter jetzt in die Gruben geschickt werden. Fest steht, daß im Falle Mont Cenis eine gewaltige Kohlenstaubexplosion vorliegt. Der allgemeine Zustand des Reviers war gut. Das Verhältnis zwischen Betriebsleitung und Betriebsausschuß scheint auch gut gewesen zu sein. Aber die Grube hat auch ihre Tücke. Mehrfach sind Schlagwetteransammlungen festgestellt worden. Bedenklich stimmt mich, daß seit März keine Wetter mehr festgestellt sein sollen. (Der Redner verliest darauf das vorläufige Ergebnis der Untersuchungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.) Die Aufnahme des Reviers, in dem die Explosion erfolgte, ist noch nicht beendet. Die Bergpolizei konnte bisher die Inangriffnahme der Aufräumungsarbeiten noch nicht gestatten. Es ist möglich, daß bei den Aufräumungsarbeiten noch weiteres Material zutage tritt. Es hat keine Schlagwetterexplosion, sondern eine Kohlenstaubexplosion stattgefunden, welche durch einen Schuß eingeleitet worden ist. Zur Verhütung ähnlicher Unglücksfälle muß vor allem eine gute praktische und theoretische Ausbildung der Bergleute gefordert werden. Nur völlig ausgebildete Bergleute dürfen an gefährliche Stellen kommen. Dann muß auch von seiten der verantwortlichen Leute immer der Standpunkt eingenommen werden, daß Menschenleben mehr wert sind, als Sachgüter. Die Betriebsleitung hat vielleicht doch nicht alles getan, was sie hätte tun müssen. Unter den Betriebsleitern sind sehr tüchtige Leute, doch kann eine gründliche und vor allem theoretische Durchbildung derselben nur von Nutzen sein. Die Beamten müssen durch Gewährung besserer Aufsichtsmöglichkeiten in den Betrieben festgehalten werden. Eine gründliche Durchprüfung der gesamten Bergpolizeivorschriften ist unerläßlich.

Abg. Pieper (U. Soz.): Die Einrichtung der Sicherheitsmänner hat nicht alle Erwartungen erfüllen können, die daran geknüpft wurden. Wohl haben die Sicherheitsmänner alles getan, was in ihren Kräften stand, um Unfälle zu verhüten, aber vielfach wurden sie von den Bergherren durch Maßregelungen an der Erfüllung ihrer Pflicht gehindert. Es ist ein trauriges Kapitel im Bergbau, daß trotz der Fortschritte der technischen Wissenschaft die Zunahme der Unfälle nicht verhindert wurde. Der Umfang der Katastrophe auf Mont Cenis wäre nicht so groß, wenn im Betrieb alles in Ordnung gewesen wäre. Jetzt versucht man von verschiedenen Seiten die Schuld auf die Arbeiter abzuwälzen, z. B. in einem Artikel der Bergwerkszeitung. Gegen solche Unterstellungen protestieren wir energisch. Die Ursachen sind anderswo zu suchen. Der Krieg brachte eine starke Lockerung der bergpolizeilichen Vorschriften.

Die größte Schuld und das Grundübel liegt in dem kapitalistischen System überhaupt. Um die geringen Löhne zu erhöhen, wird die Arbeit oft auf Kosten der Sicherheit überhastet. Gerade hier gilt das Wort: Akkordarbeit — Mordarbeit! Mit der menschlichen Arbeitskraft wird gerade im Bergwesen ein ungeheuer Raubbau betrieben. Die Menschen in dieser Industrie werden frühzeitig verbraucht, und erreichen ein Durchschnittsalter von kaum 42 Jahren. Die Anerkennung meines Vorredners für die Betriebsräte zeigt, daß sich die Einsicht von der Wichtigkeit der Betriebsräte langsam durchsetzt. Wir erwarten eine baldige gesetzentsprechende Abänderung des gesamten Betriebsrätegesetzes. Den Betriebsräten muß unbedingt eine Exekutivgewalt eingeräumt werden. Wir hatten mit den Bergleuten der Stunde, in der nicht Profitinteressen, sondern das Menschenleben an erster Stelle stehen wird. (Beifall b. d. U. Soz.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die Trauerkunde von dem Unglück auf Mont Cenis hat unser gesamtes deutsches Volk aufs tiefste erschüttert. Wir sprechen allen betroffenen Hinterbliebenen und Familien unser herzliches Beileid aus. Die technisch-bergmännische Prüfung des Unglücks ist nur Sache der preußischen Bergverwaltung. Ihr Vertreter wird Ihnen die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung darlegen. Wir wußten, daß man uns neue Leute in die Gruben brachte, auch solche, die der nötigen Vorbildung ermangelten. Die absolut ungeeigneten Arbeitskräfte sind inzwischen ausgeschieden worden; an der Ausbildung der übrigen wird andauernd gearbeitet. Die freiwillige Selbstdisziplinierung kann im Bergbau naturgemäß weniger als anderwärts entbehrt werden. Sie hat in der Kriegs- und Revolutionszeit aus bekannten Ursachen sehr gelitten, und sie läßt auch heute noch zu wünschen übrig. (Zuruf: Viel zu wünschen!) Insbesondere tritt ein gewisser Leichtsinn auch den nötigen Sicherheitsmaßregeln gegenüber zutage. Eine Erhöhung der Unfallziffern ist daher leider auch nicht zu vermeiden. Die einzelnen Gefahren des Bergbaues, ihre Gegenmaßregeln und die einschlägigen polizeilichen Vorschriften müssen eingehend behandelt werden. Man ist dabei, Fortbildungsschulen für angehende Bergleute vom 15. bis 17. Jahre einzurichten. Gleichzeitig wäre aber eine praktische Arbeit unter Tag erforderlich. Sie ist aber erst nach vollendetem 16. Lebensjahre möglich. Nachgeprüft werden muß, ob die Betriebsratsmitglieder ihrer Pflicht nachgekommen sind, und ob die gesetzlichen Bestimmungen ihnen hinreichende Befugnis geben. Die von dem Unglück betroffene Strecke ist noch zwei Tage vor der Katastrophe von Betriebsratsmitgliedern befahren worden, ohne daß ein Anzeichen von Gefahr festgestellt wurde. Die Reichsregierung wünscht die tatkräftige Mitwirkung der Betriebsräte bei der Unfallverhütung. Sie ist der Ueberzeugung, daß die Betriebsräte bei richtiger Anwendung des Gesetzes sehr wohl auf dem Boden des geltenden Rechts zum Besten des Bergbaues mitwirken können. Eine Erweiterung der Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes scheint uns nicht erforderlich zu sein.

Preuß. Kommissar Bergrat Haaßelt gibt eine ausführliche Darstellung der Betriebsverhältnisse auf der Zeche Mont Cenis. Klagen über die Berieselung sind nicht bekannt geworden. Die amtliche Wetterprobe stimmt mit dem Befund der Zeche überein. Ueber die Ursachen und die Art der Explosion ist ein abschließender Schluß noch nicht möglich. Ob es überhaupt möglich sein wird, muß dahingestellt bleiben. Es gibt nur zwei Möglichkeiten, weiteren Unfällen vorzubeugen: Verbesserung des Sprengstoffes und Verbesserung der Wetter. Auf dem Gebiet wird energisch weitergearbeitet. Auch die Ausbildung der Bergarbeiter, besonders der Betriebsräte wird vom preußischen Handelsministerium gefördert. Die Oberbergbeamten und die Bergrevierbeamten sind ausdrücklich angewiesen worden, mit den Betriebsräten zur Erörterung der Unfallverhütung regelmäßig zusammenzukommen. Der Minister für Handel und Gewerbe hat im Preußischen Landtage bereits die Einsetzung einer Grubensicherheitskommission zugesichert.

Das Haus tritt in die Besprechung der Interpellationen ein.

Abg. Koch, Düsseldorf (Dtnatl. Vp.): Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hat keinen Zweck verfolgt. (Lärm links.) Solche parlamentarischen Ausschüsse können garnichts ersprießliches leisten. Das können nur Sachverständige. Wir lehnen die Untersuchungen seitens der Bergbehörden ab und wenden uns dagegen, daß aus dem Unglück politisches Kapital geschlagen wird.

Abg. Winnefeld (D. Vp.): Weltanschauungsgegensätze sollten bei solchen Gelegenheiten ausgeschaltet werden. Wir müssen versuchen, über alle Gegensätze hinweg für unsere Bergarbeiter etwas zu erreichen.

Abg. Janschek (Soz.): Im letzten halben Jahre hat der Tod reiche Ernte unter den Bergleuten gehalten, die Zahl der Unglücksfälle ist erschreckend. Die bergarbeitenden Szenen bei solchen Unglücksfällen kommen denen gar nicht zum Bewußtsein, die es angeht. Die Schuld trifft nicht nur die Arbeitgeber, aber man darf auch nicht sagen, sie trifft nur die Arbeiter. Wie können nur aber sogenannte Arbeitervertreter hinstellen und behaupten, daß Untersuchungsausschüsse überflüssig sind! Die Hauptschuld liegt in dem Treibersystem. Man treibt die Bergleute an, sie treibt man, ein bestimmtes Quantum an Kohlen zu fördern, ohne Rücksicht auf die entstehenden Gefahren. Solche Massenunfälle, wie die der letzten Zeit wären unmöglich, wenn die bestehenden Vorschriften ausgeführt würden. Was nützen aber die schönsten Vorschriften, wenn sie nur auf dem Papier stehen? Soweit die Untersuchungen bis jetzt gediehen sind, wurden viele Fehler im technischen Betrieb entdeckt. Natürlich wurde von der Bergverwaltung versucht, diese Fehler zu verdecken. So z. B. wurden Zwischenventile an den für die Berieselung bestimmten Wasserröhren erst nach der Katastrophe eingebaut. (Hört! Hört! links.) Ein Bergmeister hat erklärt, daß die Streckenberieselung keinen Wert hätte. Wir begreifen, woher dieses Urteil kommt. Während örtliche Berieselungen durch die Hauer selbst ausgeführt werden müssen, wird für die Streckenberieselung die Anstellung eines eigenen Berieselungsmeisters notwendig. Es wurde behauptet, daß das Verfahren mit Gesteinstaub besser wäre, aber man hat auch dieses Verfahren nicht angewendet, wie überhaupt die Berieselungsvorschriften nicht eingehalten wurden. Seit dem Oktober 1919 wurden, wie ein Führer erklärte, 34 Betriebsräte festgestellt, zum Teil sogar erpolitische, ohne daß sich im Betrieb darüber eine Einigung bestand. (Lebhaftes Hört! Hört!) (Zwischenruf der D. Vp.: Wo blieb der Betriebsrat?) Ich bin Anhänger der Betriebsräte, aber die Betriebsräte können nicht wirken wie sie wollen und müßten; es muß ihnen unbedingt die nötige Polizeigewalt übertragen werden. Unser Verdienst ist es, die Bergleute, die zum größten Teil gewohnheitsgemäß abgestumpft sind, auf die großen Gefahren ihres Berufs aufmerksam gemacht zu haben. In der Zukunft muß unbedingt ein ständiger Untersuchungsausschuß eingesetzt werden, der den Auftrag hat, eine sofortige Kontrolle vorzunehmen und die [illegible] Aufsichtsbehörde auszuschalten. Zur Aufsichtsbehörde haben wir nicht das geringste Vertrauen, denn die Aufsichtsräte sind mit den Grubenbesitzern zumeist eng verwandt oder verschwägert. Die Betriebsräte müssen ausreichend mit Kenntnissen ausgestattet und ihnen Lehranstalten in dieser Richtung zugänglich gemacht werden. Ueber alle Parteiinteressen muß unter allen Gewissen stehen, das uns gebietet, dafür zu sorgen, daß die Möglichkeit weiterer schwerer Unglücksfälle beseitigt wird. Helfen Sie in diesem Geiste mit, sonst laden Sie eine schwere Mitschuld auf sich. (Beifall links.)

Abg. Ziegler (Dem.): Wir müssen uns einer endgültigen Stellungnahme vor Abschluß der Untersuchung enthalten. Das deutsche Volk, das dem schweren Beruf des Bergmannes großes Verständnis entgegenbringt, hat ein volles Recht, über das Ergebnis der Untersuchungen restlos aufgeklärt zu werden, ob die Schuld auf Seite der Unternehmer oder auf Seite der Arbeiter liegt. Die Abnahme der Sicherheit im Bergbetrieb ist eine naturgemäße Folge des Krieges. Das Spaa-Abkommen hat die Einstellung von 200 000 neuen Bergleuten notwendig gemacht, die sich der großen Gefahren ihres neuen Berufs gar nicht bewußt geworden sind. Die Gefahr weiterer Unglücke im Bergbetriebe muß durch gründliche Ausbildung und Fortbildung jedes Einzelnen gemindert werden. Die Betriebsräte sollen nicht nach politischen Gesichtspunkten, sondern nach ihren fachmännischen Kenntnissen und Erfahrungen gewählt werden. Das Bild, daß der leere Reichstag bei dieser wichtigen Beratung bietet, ist nicht erhebend. Der Reichstag [illegible]

36

König Kohle

Roman aus der amerikanischen Bergarbeiterbewegung

Von Upton Sinclair

Der Berghauptmann vom Nord-Tal war derart erregt, daß er nicht mehr stillsitzen konnte. Aller Aerger, alle Sorgen seines unruhigen Lebens fluteten ihm durchs Gehirn, er schritt auf und ab, sprach, ohne auch nur aufzupassen, ob Hal zuhörte oder nicht.

„Ein Lager lausiger Ausländer! Sie verstehen kein Wort einer zivilisierten Sprache, haben nur einen einzigen Gedanken im Kopf: sich von der Arbeit zu drücken, wo sie können, ihre Karren mit Schiefer und Gestein zu beladen und die Schuld einem andern in die Schuhe zu schieben. Auch das Trinken nicht zu vergessen! Sie arbeiten nicht ehrlich, kämpfen nicht ehrlich, der Messerstich aus dem Hinterhalt ist bei ihnen Sitte! Und dann kommt ihr Agitatoren, voller Mitleid und Sympathie. Warum, zum Teufel, kommen die Kerle denn in dieses Land, wenn es ihnen nicht mehr zusagt als ihr eigenes?"

Hal hatte diese Frage bereits früher gehört — doch mußten sie noch immer auf das Automobil warten, außerdem wollte er, da er nun schon einmal ein Agitator war, seinem Gegner so viel Aerger wie möglich bereiten. „Der Grund ist doch ganz klar" — entgegnete er. — „Erzählen denn die Agenten der Allgemeinen Beheizungs-Gesellschaft im Ausland nicht Wunderdinge von den hohen Löhnen, die man in Amerika erhält?"

„Erhalten sie die Leute denn nicht? Die Löhne hier sind dreimal so hoch wie bei ihnen zu Hause."

„Ja, aber keiner hat etwas davon, die Agenten vergessen zu erzählen, daß hier alles noch viel mehr kostet, als die Löhne ausmachen. Außerdem bringt man den Leuten bei, Amerika sei ein Land der Freiheit, und so kommen sie, alles Gute für sich und ihre Kinder erhoffend. Und was finden sie hier? Einen Berghauptmann, der seine ganze Geographie verlernt hat — und meint, die Rocky Mountains seien irgendwo in Rußland."

„Ich kenne das Geschwätz!" — rief ungeduldig der andere. — „Auch ich habe in meiner Jugend das Sternenbanner geschwenkt; aber ich sage, man verfällt der Kohlengrube, und das ist etwas anderes, als eine 4.-Juli-Feier zu veranstalten. Da haben die Kirchenleute ein Gesetz gegen Sonntagsarbeit gemacht. Was ist das Resultat? Daß die Leute sechsunddreißig Stunden Zeit haben, sich zu besaufen und am Montag arbeitsunfähig sind."

„Dagegen gibt es doch ein Heilmittel, Cotton. Wenn die Gesellschaft zum Beispiel keine Schankräume vermietete?"

„Großer Gott! Glauben Sie denn, wir hätten's nicht versucht? Dann gehen die Leute nach Pedro, bringen in ihrem Körper und in Flaschen so viel Alkohol zurück, wie sie nur tragen können. Wird das verboten, so wandern unsre Arbeiter nach andern Gruben aus, wo sie ihr Geld ausgeben können, wie es ihnen beliebt. Nein, junger Mann, solche Herden kann man nur mit der Knute behandeln! Und dazu gehört eine starke Hand — gehört ein Mann wie Peter Harrigan. Braucht man Kohle, soll die Industrie weiterkommen, Fortschritt . . ."

„Das ist auch in unserm Liede enthalten" — unterbrach ihn Hal und sang:

„Er treibt sie und treibt, der fröhliche Kauz,
Die Räder der Industrie,
Seiner Pfeife und seiner Schüsseln zuliebe,
Seiner Schulen Philosophie."

„Ja" — brummte der Berghauptmann — „es fällt euch jungen Burschen gar leicht, Verse zu machen, während ihr bequem von des alten Mannes Großmut lebt. Damit wird meine Frage aber nicht beantwortet. Wollt ihr Studenten die Leitung übernehmen? Oder etwa diese demokratischen Politiker, die herkommen, albernes Zeug über Freiheit zu schwatzen, Arbeitergesetze über das Gesindel machen . . .?"

„Ich fange an zu verstehen" — sagte Hal. — „Sie mögen die Politiker nicht, die die Gesetze durchbringen, bezweifeln ihre Motive — und weigern sich daher, sie zu befolgen. Warum sagten Sie denn nicht früher, daß Sie ein Anarchist sind?"

„Anarchist?" — schrie der Berghauptmann. — „Ich ein Anarchist?"

„Sie handeln doch wie ein Anarchist!"

„Großer Gott! Das ist die Grenze! Da kommen Sie her, hetzen die Leute auf — ein Gewerkschaftsagitator oder was Sie sein mögen — und dabei wissen Sie genau, daß diese Leute, sobald sie losbrechen, Dynamit in die Schächte legen und die Gebäude anzünden."

„Tun sie das?" Erstaunen klang aus Hals Stimme.

„Haben Sie denn nicht gelesen, was im letzten großen Streik vorfiel? Der hauertöpfige alte Prediger, der Edstrom, könnte Ihnen davon erzählen; der hat damals auch zu der Bande gehört."

„Nein" — sagte Hal — „Sie irren. Edstrom hat eine andre Philosophie. Doch haben die andern es sicher getan, und seit ich hier bin, kann ich dies auch verstehen. Als sie die Häuser anzündeten, glaubten sie wohl, daß Sie und Alec Stone darin seien."

Der Berghauptmann blieb ernst.

„Sie wollen den Besitz zerstören" — fuhr Hal fort — „weil sie keine andre Strafe für die Habgier und Tyrannei der Besitzenden ersinnen können. Aber Cotton, stellen Sie sich einmal vor, wenn jemand diesen Kerlen eine andre Idee beibrächte, ihnen sagen würde: Zerstört nicht den Besitz, nehmt ihn fort!"

Der andre starrte ihn an. „Fortnehmen? Das also ist Ihr Moralbegriff!"

„Es wäre jedenfalls moralischer als die Methode, durch die ihn Peter erworben hat."

„Von was für einer Methode sprechen Sie?" — entrüstete sich der Berghauptmann. — „Soviel ich weiß, hat er dafür den Marktpreis bezahlt."

„Den Marktpreis der Politiker. Zufälligerweise kenne ich in Western City eine Dame, die zur Schulkommission gehörte, als Peter dem Staate Schulland entzog — Land, von dem man genau wußte, daß es kohlenhaltig sei. Er hat drei Dollar per Joch bezahlt, und es war allgemein bekannt, daß das Joch dreitausend Dollar wert war."

„Nun" — meinte Cotton — „besticht man die Politiker nicht selbst, so erwacht man eines schönen Morgens und sieht, daß ein anderer sie bestochen hat. Besitz muß verteidigt werden."

„Cotton" — sagte Hal — „Sie verkaufen ja dem alten Peter ihre Zeit, aber einen Teil Ihres Gehirns könnten Sie doch zurückbehalten. Wenigstens so viel, um bei der Betrachtung Ihres monatlichen Lohnschecks einzusehen, daß auch Sie ein Lohnsklave sind, nicht um vieles besser, als die von Ihnen so verachteten Bergleute."

Der andre lächelte. „Ich gebe zu, daß mein Scheck größer sein könnte, doch glaube ich dennoch, es geht mir besser als euch Agitatoren. Ich bin oben und werde auch oben bleiben."

(Fortsetzung folgt.)

... zur Stelle zu sein, wenn es sich um ein nationales Unglück von solcher Bedeutung handelt. (Beifall.)

Abg. **Sraß** (Komm.): Nur der harte Zwang bei den niedrigen Löhnen, eine genügende Menge Kohlen zu fördern, läßt die Bergarbeiter nicht immer die Sicherheitsmaßnahmen beobachten. Diesen Leuten [illegible] die Hauptschuld an den Unglücksfällen zuzuschieben, ist falsch. Auf der Zeche Mont Cenis muß die Art an die Wurzel gelegt werden. Auf der Zeche Mont Cenis hat es an manchen notwendigen Vorkehrungen gefehlt. Der [illegible] hat [illegible] zum Ausdruck gebracht. Wenn [illegible] seine Pflicht nicht getan [illegible], die gerade deshalb zur Verantwortung [illegible] werden, weil [illegible]. Von seiten der Verwaltung wird [illegible] die Zahl der [illegible] gemacht. [illegible] auf Schritt und Tritt die Kohl verbieten. [illegible] eine **Herabsetzung der Arbeitszeit** auf 6 Stunden, weil die Bergarbeiter in ihrer schweren Situation [illegible] leisten können. Wir verlangen ferner eine [illegible]. Wir erwarten, daß uns die [illegible] bei unsern Forderungen unterstützen [illegible] und [illegible]. Wir verlangen nur Mögliches und sind überzeugt, [illegible] werden. Wir [illegible] geschlossen hinter uns stehen, daß die Massen der Arbeiterschaft [illegible] werden.

Oberbergrat [illegible] **Hüppe**: Die Zahl der Todesfälle ist [illegible] als vor dem Kriege, obwohl die [illegible] gewesen ist. Für die Belehrung [illegible] tut die Bergverwaltung sehr viel. Filmvorträge der [illegible] auf die Bergverwaltung [illegible]. Wir haben jetzt auch die Einrichtungen [illegible] gefunden. In der Unglücksstelle kamen [illegible]. (Zurufe links. Zurufe: [illegible] zu fordern! Er hat ja keine [illegible]) Die [illegible] kann sich nur von dem Gesamtzustand der Grube [illegible], sich aber nicht für jedes einzelne fehlende [illegible] interessieren, sonst müßte hinter jeden Steiger einen [illegible] stellen. Die Steiger haben nicht nur [illegible] sondern auch auf die Sicherheit der Grube auf die Wirtschaftlichkeit [illegible] und das Verantwortlichkeitsgefühl zu achten. [illegible] Kontrolle über das [illegible] verlangen von der Regierung.

Abg. **Schwarzer** (B.Vp.): Wir verlangen von der Regierung, daß zur Vermeidung solcher Unfälle energische Maßnahmen ergriffen werden.

Abg. **Däler** (Soz.): Nach Ansicht der Sachverständigen ist [illegible] Schluß die Ursache der Explosion. Wenn dieser Schuß wirklich von einem Arbeiter abgegeben ist, so wäre meiner Meinung nach eine solche Leichtfertigkeit unter keinen Umständen zu entschuldigen. Bei den Befragten [illegible] auf sorgfältige Auswahl und energische [illegible]. Mit Veränderung des Betriebs [illegible] die notwendige Besserung noch nicht gegeben.

Abg. **Osterroth** (U. Soz.): Die Tatsache, daß die Statistik heute eine Verringerung der Unglücksfälle gegenüber dem Frieden aufweist, ist darauf zurückzuführen, daß etwa 25 Prozent Bergleute weniger an gefährlichen Stellen beschäftigt sind. Im Ruhrgebiet gibt es kaum zwei Schießmeister, die außer dem Schießen nicht auch noch Förderungsarbeiten ausführen müssen, wie ja übrigens auch der überlebende Schießmeister der Zeche Mont Cenis bestätigt hat. (Hört! Hört!) Vom Reichsarbeitsminister haben die Bergleute nichts anderes verlangt, von seinem Mitleid und Bedauern haben sie gar nichts. Er hat sogar behauptet, daß die Rechte der Betriebsräte ausreichen, um Unglücksfälle zu verhindern. Es ist sehr schwer, dem Druck der Grubenbesitzer Widerstand zu leisten. Redner beweist durch Tatsachenmaterial, daß entgegen der Behauptung der Rechten, die Bergbehörden nicht alles getan haben, um das Unglück zu verhindern.

Damit ist die Interpellation erledigt. — Nach Annahme einiger Nachtragsetats wendet sich beim **Etat des Reichsernährungsministeriums**

Abg. Dr. **Herz** (U. Soz.) gegen den Posten für die Maisverbilligung. Die Maisverbilligung hat ihren Zweck, die Ablieferung des Brotgetreides zu vermehren, völlig verfehlt. Hätte man das Brotgetreide im Ausland eingekauft, so hätte die Tonne 4000 Mark gekostet, durch diese Liebesgabe an die Agrarier ist uns die Tonne auf 21000 Mark zu stehen gekommen. Das ist ein Panama-Skandal schlimmster Art.

Abg. **Dobrich** (D. Vp.): Der Abg. Herz hat keine Ahnung von dem allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenhang. Die Linke sucht nur Prügelknaben im Hinblick auf die kommenden Steuern, aber wir Bauern (mit der Faust auf das Pult schlagend) sind nicht gewillt, noch länger Prügelknaben zu sein.

Reichsernährungsminister **Hermes**: Die Maisverbilligung diente nicht nur der Verbilligung des Brotgetreides, sondern auch dem **Aufbau der Schweinezucht** und hat dem Reich viel Geld erspart. Dr. Herz hat nur die Getreideablieferung an die Reichsgetreidestelle berücksichtigt, aber nicht die Ablieferung an die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände. Dadurch wird seine ganze Berechnung falsch. In Wirklichkeit sind 2,4 Milliarden gespart worden. (Widerspruch links.) Ich weise die Bezeichnung Panama-Skandal energisch zurück. Die Schweinezucht ist im größten Maße gefördert worden. Was wir mit der Aktion bezweckten: Erhöhtes Angebot von Fleisch und Getreide und niedrige Preise, haben wir im vollen Maße erreicht. (Bravo! rechts.)

Abg. **Schmidt**, Köpenick (Soz.): Das **Liefersoll** ist viel **zu niedrig** für die Landwirte eingesetzt und infolgedessen in vielen Fällen überschritten worden. Die **Landwirte** haben durch den Bezug des verbilligten Maises ein sehr **gutes Geschäft** gemacht. Die Großgrundbesitzer verstanden es, sich Mais zu verschaffen, während die kleinen Landwirte arg benachteiligt wurden. Wir müssen verlangen, daß die Sache gerecht gehandhabt wird. Redner bringt dann zahlreiche Beispiele, daß das Liefersoll durch Großgrundbesitzer um das Dreifache überschritten wurde. Wir bewilligen diesen Posten deshalb nicht, weil er einer Gesundung des Wirtschaftslebens gerade entgegenwirkt. Die Rechte hat wahrlich keine Ursache, von jüdisch-sozialistischer Schieberwirtschaft zu sprechen. Da das Liefersoll in so vielen Fällen überschritten werden konnte, war unsere Forderung nach einer Erhöhung desselben berechtigt. Diese Leute wollen auch Berlin durch Hunger zur Vernunft bringen. Vielleicht ist der Ernährungsminister der erste, der daran glauben muß. (Heiterkeit.)

Reichsernährungsminister Dr. **Hermes**: **Mißstände** bei einer so großen, über das gesamte Reich sich erstreckenden Aktion, wie es die Maisaktion ist, **lassen sich nicht vermeiden**. Wo es möglich war, sind wir ihnen nachgegangen und haben Abhilfe geschafft. Wir dürfen aber derartige Mißstände nicht als Grundlage einer völligen Ablehnung der Maisaktion benutzen. Im Interesse der Gerechtigkeit muß ich feststellen, daß nicht allein bei den Großgrundbesitzern Mißstände vorgekommen sind. Schon lange vor der Maisaktion hat die Reichsgetreidestelle einen erbitterten Kampf für Festsetzung des Liefersolls, nicht mit den Landwirten, sondern mit den Verwaltungsbeamten geführt; wenn sie sich nicht durchsetzen konnte, so ist das auf den energischen Druck dieser Verwaltungsbehörden zurückzuführen, unter denen sich auch Mitglieder der Parteien befinden, die heute dagegen Stellung nehmen. Von dem Material, das der Abg. Schmidt vorgebracht hat, werde ich ausgiebigen Gebrauch machen.

Abg. **Herz** (U. Soz.): Die **Verteilung des Maises** liegt nicht, wie wir es gern gesehen hätten, in den Händen amtlicher Behörden, sondern **in den Händen der Agrarier**. Der Minister hat sich den Agrariern unterworfen und ist wider seine Ueberzeugung dafür eingetreten, daß an Stelle eines Zentner Brotgetreides, 1½ Zentner Mais gegeben würde. Meine hier angeführten Zahlen sind unanfechtbar. Unser **Schweinebestand** ist nicht so wesentlich gestiegen, daß man die Vermehrung auf die Maisverbilligungsaktion zurückführen könnte. Da hat die Freigabe der Wirtschaft viel stärker darauf eingewirkt. Aber größtenteils ist das Getreide **in die Brennereien** gewandert. Deutschland ersäuft zur Zeit direkt in Branntwein. (Widerspruch rechts.) Ja, meine Herren (nach rechts), Sie haben ja ein größeres Interesse an der Branntweinproduktion, wodurch Sie mehr verdienen.

Reichsminister **Hermes**: Ich habe damals bereits erklärt, daß wir für 1 Zentner Getreide, 1½ Zentner Mais geben können. Der Abg. Herz hat aber den Mais mit Maisfuttermehl verwechselt.

Damit ist der Haushalt des Ernährungsministeriums erledigt. Das Haus tritt nach zehnstündiger Beratung in die Erledigung des **Eisenbahnetats** ein. **Die Presse stellt auf einstimmigen Beschluß der journalistischen Gewerkschaft die Berichterstattung ein.**

Die **Abstimmungen** werden auf **Dienstag** vertagt.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Abwicklung der Kriegsanleihen. Uebergang der Wasserstraßen auf das Reich. Mieterschutzgesetz. Wehrmachtversorgungsgesetz. Gesetz über religiöse Kindererziehung. Nachtragsetat.

Schluß gegen 9 Uhr.

Sächsische Angelegenheiten

Kommunistischer Unfug in Leipzig

Der T.-U.-Sachsendienst meldet aus Leipzig: Die Kommunistische Jugend veranstaltete gestern nachmittag, wie der T.-U. meldet, auf dem Platz vor dem Reichsgericht eine Demonstration gegen die Schulverhältnisse. Es traten nur jugendliche Redner auf, die u. a. die Abschaffung der Prügelstrafe verlangten. Nach der Versammlung zogen die Jugendlichen geschlossen durch die Stadt. Auf dem Augustusplatz kam es zu einem **Zusammenstoß**. Angeblich sollte ein Passant eine abfällige Bemerkung gemacht haben. Man **stürmte einen Straßenbahnwagen**, riß einen Fahrgast heraus und verprügelte ihn. Es kam zu einer **allgemeinen Schlägerei**. Polizei mußte einschreiten und die Demonstranten auseinander treiben.

Zur Aenderung der Postbestellung schreibt uns der Arbeitgeberverband für den Einzelhandel Groß-Dresden: Die Oberpostdirektion teilt mit, daß vom 1. Juli versuchsweise die erste Briefbestellung bereits um 7 Uhr vormittags begonnen soll und daß, wenn nicht bereits zu dieser Zeit geeignetes Personal für empfangsbestätigungsbedürftige Sendungen im Geschäftslokal anwesend wäre, diese erst mittags abgetragen werden könnten. Diese Anordnung verkennt vollständig die Sachlage. Nur ein ganz geringer Bruchteil der Geschäfte kann bereits um diese Zeit den Betrieb eröffnen; allen andern aber verbietet es die Geschäftslage. Außerdem macht es der **Achtstundentag** unmöglich, schon zu so früher Stunde Personal in den Geschäftsräumen zu halten. Der Vorstand und Ausschuß des Arbeitgeberverbandes für den Einzelhandel hat deshalb **einstimmig** gegen diese Maßnahme der Oberpostdirektion **protestiert** und hat ersucht, die Briefbestellung den wirklichen Bedürfnissen der Praxis anzupassen. Wenn etwa der Arbeitsbeginn bei den Behörden zu der Früherlegung der ersten Briefbestellung mitgewirkt haben sollte, so können sich doch die Stellen, bei denen es auf eine frühere Bestellung ankommt, sehr wohl durch Abholung rechtzeitig die Post beschaffen.

Meinungsfreiheit der Polizeibeamten

Der unabhängige Minister Lipinski hat unter dem 16. Juni d. J. für die sächsische Schutzpolizei eine Verordnung erlassen, die die Frage der parteipolitischen Betätigung der Polizeitruppe regeln soll. Danach bleibt den Angehörigen der Schutzpolizei das Recht der freien Meinungsäußerung uneingeschränkt. Sie sollen nach Art. 118 der Reichsverfassung das Recht haben, in Versammlungen, auf Kongressen usw. Mißstände innerhalb der Organisation zu besprechen, allerdings mit der Grenze, daß durch die Anträge und Besprechungen nicht eine Gefährdung der unumgänglich notwendigen Disziplin entsteht. Die Polizeitruppen haben sich bisher nicht gegen die Verordnung gewendet.

Leipzig. **Zu erregten Szenen** kam es auf dem Leipziger Hauptbahnhof, als der Vorverkauf für den am 14. Juli fahrenden Münchner Sonderzug beginnen sollte. Es hatte sich eine große Schlange von Reiselustigen aufgestellt, von denen einige seit Mitternacht warteten. Als dann gegen 8 Uhr früh mit dem Vorverkauf begonnen wurde, zeigte es sich, daß **nur noch 60 Fahrkarten** vorhanden waren. Die 500, über die Leipzig verfügen konnte, waren durch Vorausbestellungen belegt worden. Diese Mitteilung erregte großen Unwillen. Rufe wie „Schieber!“, „Betrug!“ usw. wurden laut, und nur mit Mühe konnten die Beamten die aufgeregte Menge beruhigen. Die Tatsache, daß **Vorausbestellungen** durch Zahlung auf Postanweisung möglich waren, hatte die Eisenbahn nur durch Plakate bekanntgemacht. Der Erfolg war der, daß die große Menge von der Maßnahme, die eine Erleichterung für alle auswärts Wohnenden und beruflich Verhinderten sein sollte, nichts erfuhr und unter Schimpfen und Verärgerung schließlich ohne Fahrkarte nach Hause gehen mußte.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ueber einen mit brutaler Ueberlegung ausgeführten Vatermord berichtet das Annaberger Wochenblatt: Der Kaufmann Gustav Adolf Tränkner in Annaberg wurde am vergangenen Sonnabend von seinem Sohne mit einer afrikanischen Keule erschlagen. Der Mörder legte sein Opfer in eine eigens dazu bestellte Kiste mit Zinkeinsatz und ließ dieselbe sachgemäß verlöten und vernageln. Heute, nach Verlauf einer Woche, wurde das grausige Verbrechen entdeckt und der Mörder verhaftet. — Nach dem Genuß von selbstgesuchten Pilzen erkrankten in **Frankenberg** die drei erwachsenen Angehörigen einer hiesigen Kaufmannsfamilie derart, daß sich ihre Aufnahme ins Krankenhaus notwendig machte.

Stadt-Chronik

Im Gerichtssaal

Mit dem Gericht haben die meisten Menschen nicht gern zu schaffen. Soweit sie nicht beruflich dort tätig sein müssen, suchen sie die Bekanntschaft mit ihm zu meiden. Angeklagter möchte schon gar keiner sein, Zeuge in den seltensten Fällen mit aufrichtiger Freude. Selbst die Zuhörer in den Strafprozessen sind in der Regel Leute, die Studien machen wollen, wie sie am besten den Maschen des Gesetzes für ihre zweifelhaften Geschäfte entgehen können. Der Volksmund bezeichnet einen Teil der regelmäßigen Zuhörer bei den Gerichtsverhandlungen in scharfer Erkenntnis der Dinge als Kriminalstudenten. Und doch bieten manche Gerichtsverhandlungen eine Fülle von Material für den Soziologen, den Menschen, der sich mit den Wirtschaftsverhältnissen des Volkes, mit dessen Lebensbedingungen beschäftigt. Zwei ganz alltägliche Fälle aus einer Verhandlung vor einem Schöffengericht seien Beleg.

Vor den Schranken erscheint ein stutzerhaft gekleideter, verhältnismäßig junger Mensch. Alles ist tipptopp an ihm. Er hat sich wegen einer ganzen Anzahl Schiebereien zu verantworten. Die Verhandlung entrollt ein Bild aus der Schieberwelt, von dem sich der anständige Mensch, der sich mit Mühe durch das Leben schlägt, mit Ekel und Abscheu abwendet. Das Urteil lautet auf zwei Monate Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe. Ist es denn möglich, daß ein einzelner Mensch in der gegenwärtigen Zeit 10 000 M. Strafe zahlen kann, ohne wirtschaftlich zusammenzubrechen? Und wenn er Tag und Nacht arbeitet, der Ehrliche wird eine solche Summe nicht auf die Beine bringen. Der Schieber verläßt hocherhobenen Hauptes das Verhandlungszimmer. Im Vorsaal umringt ihn eine Anzahl gleich stutzerhaft Gekleideter. Sie gratulieren ihm, daß er so „billig“ davongekommen. Lächelnd wehrt er ab und lädt seine Gesinnungsfreunde zu einer Pulle Sekt ein.

Ein 14jähriger Junge wird vor die Anklagebank gestellt. Er ist geständig, eine kleine und später eine größere Summe Geldes gestohlen zu haben. Im Zuhörerraum schluchzt die Mutter. Es ist das alte Lied: der Vater tot, die Mutter in der Fabrik, der Junge sich selbst überlassen. Nun ist das Kind jeder Verführung preisgegeben. Der Lehrer gibt dem Jungen durch den Mund des Hauptmeisters ein gutes Zeugnis. Intelligent, aber leichtsinnig. Der freundliche Amtsrichter findet väterliche Worte. Der Staatsanwalt, selber, der Ankläger, findet prächtige Worte. Worte, die tief menschliches Mitfühlen verraten. Aber der Tatbestand ist gegeben. Es muß auf eine geringe Strafe erkannt werden. Aber nicht der Junge steht vor Gericht, sondern die Verhältnisse, die es ermöglichen, daß der Schieber lachend 10 000 M. Strafe zahlen kann, während der Witwe die Möglichkeit fehlt, ihr Kind, an das sie sich mit heißem Mutterherzen klammert, als das einzige, das ihr neben Not und Sorgen geblieben, vor der Verwilderung zu schützen.

Auch die Richter, Schöffen und Amtsrichter haben ein fühlend Herz in der Brust. Und die Strafe, die sie gefunden, ist nur eine Formalität.

Zwei Fälle, aber sie genügen, ein fühlend Herz mit Bitterkeit zu erfüllen. Zwei Fälle, die das ganze Elend der kapitalistischen „Ordnung“ mit rücksichtsloser Offenheit zeigen.

Die Lehrer von Dresden-Land gegen den Reichsschulgesetz-Entwurf

Der **Bezirkslehrerverein Dresden-Land** erhebt **schärfsten Einspruch** gegen den Entwurf des Reichsschulgesetzes zur Ausführung des Art. 146, Abs. 2, der Reichsverfassung und fordert in einer Entschließung die Elternschaft des Bezirks auf, alles zu tun, damit dieser nicht Gesetz wird. Er begründet sie folgendermaßen:

„Schon die Reichsverfassung hatte allen Freunden der Einheitsschule eine herbe Enttäuschung bereitet, indem sie neben der Gemeinschaftsschule auch Sonderschulen des Bekenntnisses und der Weltanschauung unter gewissen Voraussetzungen zuließ. Die Verwirklichung dieses Gesetzentwurfs aber muß den allmählichen Niedergang der Volksschule herbeiführen. Im Widerspruch zu der Grundbestimmung der Reichsverfassung macht er praktisch die Sonderschulen zur Regel und führt so zur vollständigen Zerschlagung der Volksschule.

Kinder, die die höhere Schule besuchen, werden auch weiter nach Neigung und Befähigung die besondere Schulart wählen können. Für die gleichaltrigen Volksschulkinder aber ist für die Zuteilung zu den verschiedenen Schularten (Bekenntnis- und Weltanschauungsschulen) etwas ihrer Anlage ganz Fremdes, nämlich das Bekenntnis und die Weltanschauung oder die Parteizugehörigkeit und damit die gesellschaftliche Stellung ihrer Eltern maßgebend.

Damit wird die unselige religiöse und gesellschaftliche Zersplitterung in unserem Volke nur noch verstärkt und das für unsern völkischen Wiederaufbau so notwendige Gemeinschaftsgefühl schon im Kindesalter vernichtet.

Nur dem ganz Unbefangenen kann es so scheinen, als ob der Gesetzentwurf den Gedanken der Duldsamkeit gegen den Andersdenkenden verkörperte. In Wirklichkeit nimmt er nur die Schule dem Staate aus der Hand und verteilt sie an kirchliche und nichtkirchliche Bekenntnisse und an politische Parteien.

Bei der Bevorzugung, die dabei das kirchliche Bekenntnis durch die Einzelbestimmungen erfährt, wird die Herrschaft der Kirche über die Schule aufs neue und in verstärktem Maße begründet. Nicht Bekenntnisschulen im alten Sinne, die wenigsten noch Staatsschulen genannt werden konnten, sondern eigentlichen Kirchenschulen wird durch den Gesetzentwurf der Weg geebnet.

Diese zerschlagene und zum Teil verkirchlichte Volksschule kann nicht so viel leisten wie eine alle Volksschulkinder umfassende Schule; dafür wird sie den Steuerzahler aber mehr belasten. Also: für viel mehr Geld eine viel weniger leistungsfähige Volksschule! Das wird die Folge sein, wenn der Entwurf Gesetz wird.“

Sozialhygienische Akademien

Seit einem Jahre etwa bestehen in Breslau, Charlottenburg und Düsseldorf sozialhygienische Akademien, deren Errichtung einen bedeutenden Fortschritt in der Entwicklung des Medizinstudiums darstellen. Durch die Verordnung, daß alle Kreisärzte einen mehrmonatigen Kursus auf einer solchen Akademie durchmachen müssen, ist den neuen Unterrichtsanstalten eine Anzahl Teilnehmer gesichert, die sich hoffentlich durch andre Aerzte und Studenten der Medizin vergrößert. Der Leiter der westdeutschen sozialhygienischen Akademie in Düsseldorf Dr. Ludwig Teleky erörtert in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift die Aufgaben dieser neuen Studienanstalten und eröffnet damit auch weiteren Kreisen einen interessanten Einblick in die bedeutsamen Wissensgebiete, die hier gelehrt werden.

Die Wissenschaft der „sozialen Hygiene“ hat sich ja vor allem außerhalb der Universitäten entwickelt, weil sie ihre stärksten Anregungen aus dem praktischen Leben empfängt. Heute sind alle die Gebiete der „öffentlichen Gesundheitspflege“ so ausgedehnt, daß die staatlichen Gesundheitsbeamten zur Tätigkeit auf diesem Gebiet einer ganz besonderen Vorbildung bedürfen. Um den für die Gesundheit des deutschen Volkes so wichtigen Berufen in Theorie und Praxis die notwendige Ausbildungsgelegenheit zu schaffen, war es notwendig, eigene Akademien zu errichten, denn die Angliederung an eine Universität hätte nicht alle Vorbedingungen für den Unterricht bieten können. Der Unterricht auf diesen Akademien darf nicht nur eine bestimmte Wissensmenge vermitteln, sondern er muß auch ein Stück Erziehung leisten. Die Hörer haben in ihrem bisherigen Studiengang nur gelernt, den Kranken als Kranken zu betrachten, losgelöst von den Beziehungen zur Umwelt. Nun müssen sie lernen, im Kranken das Glied einer sozialen Gemeinschaft zu sehen, dem nicht durch Rezepte und Verordnungen, sondern vor allem dadurch geholfen werden muß, daß man die vorhandenen Einrichtungen sozialer Fürsorge für ihn nutzbar macht. Die Krankheit muß betrachtet werden in ihren ursächlichen Beziehungen zu den sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen Verhältnissen.

Da die Sozialhygiene das Grenzgebiet zwischen medizinischen und Sozialwissenschaften darstellt, so muß nach dem Unterrichtsplan dem jungen Arzt zunächst einiges über Volkswirtschaftslehre, Sozialpolitik, über Sozialversicherung und die Grundzüge unsrer Staatsverwaltung mitgeteilt werden. An diese Vorlesungen schließt sich praktischerweise eine Darlegung der Leistungen der lokalen Formen der Sozialversicherung, der Landesversicherungsanstalt, der Krankenkassenverbände, wobei die betreffenden Anstalten und ihre Einrichtungen besichtigt werden. Ueber die wichtige Arbeitsmethode der Sozialhygiene, über die Statistik, müssen auch theoretisch und praktisch Einführungen und Uebungen unterrichten. Einen größeren Umfang nimmt sodann der Unterricht in „sozialer Pathologie“ in Anspruch, in der den Hörern die Bedeutung bestimmter Erkrankungen für die Volksgesundheit sowie die Bedeutung sozialer, wirtschaftlicher und beruflicher Einflüsse auf Entstehung und Verlauf von Krankheiten dargelegt wird. Das Hauptthema des wichtigsten Abschnittes des Studienplanes, der sich mit sozialer Fürsorge beschäftigt, sind: Kinder- und Jugendfürsorge, Krüppelfürsorge, Tuberkulosefürsorge, Bekämpfung des Alkoholismus, der Geschlechtskrankheiten, dann die andern Zweige sozialer Fürsorge, so für Wöchnerinnen, Blinde, Taubstumme, Kriegsbeschädigte usw., endlich Krankenhauswesen, Wohnungswesen, Arbeiterschutz, Seuchenlehre.

Bei all diesen Vorlesungen muß mit der Theorie praktische Arbeit Hand in Hand gehen, und zwar werden die einzelnen Gebiete am besten wieder in kleinere einzelne Gebiete geteilt. So spricht z. B. in Düsseldorf bei der Behandlung des Wohnungswesens ein Fachhygieniker über Wohnungshygiene, ein Techniker über Wohnungsherstellung, ein andrer Fachmann über Wohnungsfürsorge und ein vierter über Wohnungspflege. So wirken auf diese Weise an der Düsseldorfer Akademie 64 Vortragende, die insgesamt 75 Teilgebiete der sozialen Fürsorge behandeln.

Der Kriegerheimstättenverein Dresden-Nordwest hielt am 30. Juni seine Mitgliederversammlung ab, in der die bis jetzt erfolgte Verteilung der Baukostenzuschüsse einer scharfen Kritik unterzogen wurde. Es wurde den zuständigen Behörden der Vorwurf gemacht, bei der Verteilung den Kriegerheimstättengedanken für den Stadtbezirk Dresden in keiner Weise berücksichtigt zu haben. Folgende Entschließung gelangte einstimmig zur Annahme: „Die heute im Schützenhause Dresden-Neustadt zahlreich besuchte Versammlung des Kriegerheimstättenvereins Dresden-Nordwest nimmt von den Ausführungen ihres Vorstandes Kenntnis und stellt mit Bedauern fest, daß die Siedlung bei der ersten Verteilung der Baukostenzuschüsse nicht berücksichtigt worden ist. Weiter gibt sie ihre Zustimmung zu den Abmachungen, die der Vorstand mit der Siedlungsgesellschaft Dresden-Stadt und -Land getroffen hat. Sie fordert nun aber von allen zuständigen Instanzen, als Siedlungsgesellschaft Dresden-Stadt- und -Land, Erwerbsförderungsausschuß, Baupolizei, Stadtverordneten, Parlament usw. die Kriegersiedlungen an der Friedhofstraße und die Siedlungen im Stadtbezirk überhaupt, daß sie bei der Verteilung der zweiten Rate der Baukostenzuschüsse 1921/22 mit berücksichtigt wird."

Bekleidungswarenverkauf. Da die Bekleidungsstelle der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt aufgelöst wird, werden größere Bestände von Bekleidungsstoffen für Männer und Frauen am 5. und 6. Juli, von 9 bis 2 Uhr, durch die Firma R. Thiele, Kasernenstraße 1, zum Verkauf gebracht. Der Verkauf der dreiteiligen Herrenanzüge zu 325 M. erfolgt wie bisher durch Herrn Ernst Eicher, Dresden-N., Heinrichstr. 5, I., täglich von 8 bis 7 Uhr.

Freibankfleisch. Wie der Rat bekannt macht, sind von jetzt an zur käuflichen Erwerbung von Freibankfleisch alle Dresdner Einwohner, die ein steuerpflichtiges Jahreseinkommen bis zu 10 000 M. haben, und alle Erwerbslosen, die sich durch abgestempelte Karte als solche ausweisen, berechtigt. Darüber hinaus können Familien mit drei und mehr versorgungsberechtigten Kindern berücksichtigt werden. Für jede Familie wird nur eine Karte gegen Vorlegung des Einwohnerscheins nach Prüfung der Einkommensverhältnisse von der zuständigen Stadtbezirksinspektion ausgegeben. Die Ausweise können, soweit der Vorrat reicht, von den Bezugsberechtigten vom 8. Juli an in Empfang genommen werden.

Volksküchenbelieferung. Den Volksküchen werden für den Monat Juli Nährmittel für 14 Kochtage, und zwar für vier Tage weiße Bohnen, für vier Tage Erbsen, für zwei Tage Gerstenflocken, für zwei Tage Nudeln, für zwei Tage Sauerkraut sowie außerdem ein Posten Bohnenmehl als Dickungsmittel zugewiesen werden.

Ein schwerer Betriebsunfall trug sich Sonnabend vormittag in der Eisengießerei C. E. Rost, Rosenstraße 106, zu. Dort fiel eine eiserne T-Eisenstange dem in der Windmühlenstraße 5 wohnhaften Arbeiter Kurt Dübnel auf den Kopf und verletzte ihn schwer. Der bewußtlose Mann wurde nach dem Krankenhause Friedrichstadt überführt.

Pilzvergiftung. Am Sonnabend verstarb in Pesterwitz der Bergmann Leder nach dem Genuß selbstgesuchter Pilze. Ein zwölfjähriger Sohn liegt schwer krank danieder. Der Verstorbene hinterläßt Frau und sechs unmündige Kinder.

Gasvergiftungen. In der Nacht zum Sonnabend wurde ein Wettinerstraße wohnhafter 42 Jahre alter Kaufmann mit Leuchtgasvergiftung aufgefunden. Es gelang nach 20 Minuten langer Zuführung von Sauerstoff ihn wieder zum Bewußtsein zu bringen. — Ferner wurde in der Freiberger Straße am Sonnabend vormittag eine 68 Jahre alte Ehefrau durch ausströmendes Leuchtgas betäubt. Auch hier konnte die Frau am Leben erhalten werden. Eine weitere Gasvergiftung trug sich am Sonnabend vormittag im Hause Kiefernstraße 15 zu, wo durch Unglücksfall eine 70 Jahre alte Rentenempfängerin schwer erkrankt war. Durch Zuführung von Sauerstoff trat bei ihr nach 25 Minuten eine Besserung ein. Der Kaufmann und die Ehefrau wurden der Heil- und Pflegeanstalt zugeführt.

Einbrüche. In der Nacht zum 4. Juli sind aus einem Zigarrengeschäft in der Weißeritzstraße etwa 15 000 Stück Zigaretten, Marke Kairo, Waffil, Batasch, Balch, Pira, Kamiel, Toska, Betty, Hanson, Mein Geschmack, Graf Argo u. a. m., Wert: 3000 M., gestohlen worden. Die Kriminalpolizei bittet um sachdienliche Mitteilungen. — Ferner wurden in der Zeit vom 2. Juli, abends, bis 4. Juli, morgens, aus einem Bureauraum des Zentralarbeitsnachweises, Marienstr. 17, außer barem Geld ein Stempel mit der Aufschrift „Der Zentralarbeitsnachweis" gestohlen. Es steht zu vermuten, daß der Stempel zu unlauteren Zwecken benutzt wird. Die Kriminalpolizei erbittet Nachrichten darüber, wenn der Stempel im Besitze unberechtigter Personen gesehen wird.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, K. und K. Monatsversammlungen in Altstadt. Für Hinterbliebene: Montag den 11. Juli, abends 7 Uhr, im Kaulbachhof, Kaulbachstraße. Für Kameraden: Dienstag den 12. Juli, abends 7 Uhr, im Johanneshof, Johannesstraße. — Der Bezirk Plauen hält am 7. Juli im Restaurant Wilhelmshöhe, Eisenstuckstraße, gemeinsame Versammlung ab. — Bezirk Dresden-Neustadt hält seine Hinterbliebenenversammlung Dienstag den 5. Juli, abends 7½ Uhr, im Löwenbräu, Königsbrücker Straße, ab.

Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutschlands. Versammlungen am 4. Juli, abends 6 Uhr, in Dresden-Neustadt, Hullaks Saal; 5. Juli, abends 5½ Uhr, in Dresden-Löbtau, Sängerheim; 5. Juli, abends 7 Uhr, in Bannewitz, Gasthaus; 5. Juli, abends 7 Uhr, in Kötzschenbroda, Restaurant zum Bad; 6. Juli, abends 7 Uhr, in Gittersee, Gasthaus; 6. Juli, abends 7 Uhr, in Radebeul, Goldne Krone.

Arbeiterstenographen. Dienstag den 5. Juli, abends 8 Uhr, Schreibversammlung.

Aus dem Parteileben

Striesen, Blasewitz, Loschwitz. Frauengruppe. Mittwoch den 6. Juli, Punkt 8 Uhr, Schlüterhof, Schandauer Straße, Frauenabend. Vortrag: Genossin Olga Kopisani: Selbständige Aufgaben der Frau im politischen Kampfe. Partei- und Jugendgenossen willkommen. Gäste erwünscht.

Kinderschutzkommission, Zentrale. Mittwoch den 6. Juli, abends 7½ Uhr, Sitzung im Volkshaus. Wichtige Tagesordnung.

Kinderschutzkommission, 4. Kreis, Neustadt. Donnerstag nachmittag Spaziergang. Stellen 2½ Uhr, Bischofsplatz. Vesperbrot mitbringen. — **Pieschen.** Mittwoch Spaziergang. Stellen 3 Uhr, Moritzburger Platz. Vesperbrot mitbringen.

Kinderschutzkommission, 5. Kreis. Johannstadt: Mittwoch Ausflug. Stellen: 2½ Uhr Dürer- und Seidnitzer Platz. — **Altstadt:** Ausflug fällt diese Woche aus.

Gruppe Cotta. Infolge der ungünstigen Witterung mußte das angesetzte Sommerfest in der Constantia abgebrochen werden und findet seine Fortsetzung Sonntag den 10. Juli im selben Lokal statt. Die gelösten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit, auch wenn diese schon benutzt sind.

Liebesgaben an die Agrarier und die neuen Steuern

Der Getreidepreis wird vom 15. August an nach den Feststellungen der Inderkommission um durchschnittlich 50 Prozent erhöht. Der Brotpreis soll indessen „nur" um 40 Prozent erhöht werden. Wie man das machen will, mag dem Zentrum und seinem Hermes klar sein, aber sonst niemand. Wahrscheinlich denkt man wieder an erhöhte Reichszuschüsse, während es doch klar ist, daß wir, um das Ultimatum zu erfüllen, die Reichszuschüsse zum Lebensunterhalt, zum Wohnungsbau und zu den Kosten der Verkehrsanstalten so rasch wie möglich abbauen und beseitigen müssen. Jedenfalls verschafft die Erhöhung der Getreidepreise den Landwirten eine Mehreinnahme von 1875 Millionen Mark, und man sollte glauben, sie könnten damit zufrieden sein.

Aber weit gefehlt. Die Preiserhöhung für Getreide um 50 Prozent gilt nur für das Umlagegetreide, das heißt für 2½ Millionen Tonnen. Das übrige Getreide wird in den freien Handel gebracht und wird, da die deutsche Erzeugung noch keinesfalls den Bedarf deckt, sehr rasch auf den Weltmarktpreis hinaufgetrieben werden. Dieser Weltmarktpreis ist rund 5000 Mark für die Tonne gegen rund 2500 Mark für das Umlagegetreide. Diese 2500 Mark sind von der Inderkommission ermittelt als — reichlich bemessene — Selbstkosten, einschließlich normalen Gewinnes. An jeder Tonne Getreide, die nicht Umlagegetreide ist, verdient der Landwirt also über die amtlich ermittelten Selbstkosten hinaus einen Mehrgewinn von 2500 Mark. Je nach dem Ausfall der Ernte erwächst daraus der Landwirtschaft ein Ueberverdienst von sechs Milliarden oder neun Milliarden oder vielleicht auch noch mehr. Man geht schwerlich fehl, wenn man behauptet, daß die deutsche Landwirtschaft dank der Hermespolitik in diesem Jahre auf Kosten der städtischen Bevölkerung einen über den normalen Verdienst hinausgehenden Uebergewinn von einer Milliarde Goldmark — Goldmark! — haben wird.

Dabei ist das Jahre 1921 nicht das erste, in dem es der Landwirtschaft so glänzend geht. Im vorigen Jahre hatte z. B. die Inderkommission, in der die agrarischen Interessenten die Mehrheit haben, als richtigen Preis für den Zentner Kartoffeln 20 Mark ermittelt. Dabei sind alle Umstände berücksichtigt, die Erzeugungskosten auf schlechteren Böden, die Verzinsung des Kapitals und der Gewinn des Unternehmers. Um einen Anreiz zur Vermehrung des Kartoffelbaues zu geben, setzte das Reichswirtschaftsministerium unter Robert Schmidt einen Kartoffelablieferungspreis von 25 Mark fest. Der treffliche Hermes hob die Kartoffelwirtschaft kurzerhand auf, und der Preis des Zentners Kartoffeln stieg von 25 auf 45 Mark, im Frühjahr auf 60 Mark. Da auf den Kopf der städtischen Bevölkerung — zirka 35 Millionen Menschen — ein Durchschnittsverbrauch von fünf Zentner Kartoffeln zu rechnen ist und die Landwirte an jedem Zentner Kartoffeln einen Uebergewinn von 20 Mark machten, bedeutete diese Aufhebung dieser Kartoffelwirtschaft ein Geschenk von beiläufig 3½ Milliarden Mark an die Landwirtschaft. Die Agrarier haben sich über die Republik wahrhaftig nicht zu beklagen.

Es hat heute keinen Sinn mehr, über die Zwangswirtschaft zu streiten. Sie war ein eilig aufgebauter Bau der Not und wies viele Fehler der Organisation auf. Trotzdem war sie weit besser als ihr Ruf, und eine spätere Zeit wird mit Nutzen auf die Erfahrungen der Kriegs- und Revolutionsjahre zurückgreifen können. Heute indessen ist die Zwangswirtschaft auf keinem Gebiete mehr zu halten, sie ist soweit durchlöchert und abgebaut, daß die stehengebliebenen Ruinen von jedem Standpunkt aus wertlos geworden sind. Die Zwangswirtschaft muß also fallen. Das bedeutet, daß die Preise der Lebensmittel in Deutschland sich binnen kurzester Zeit an die Weltmarktpreise anpassen müssen, und dies wiederum ist gleichbedeutend mit Milliardengewinnen für die Besitzer von Grund und Boden.

Alle Schichten des arbeitenden Volkes sind während Krieg und Revolution verarmt. Sie haben nur leben können, indem sie von vorhandenen Vorräten an Einrichtung, wie Wäsche, Kleider usw., zehrten. Wer einen Notpfennig besaß, hat ihn zugesteuert; vielfach hat das Leihhaus aushelfen müssen. Neben den ausgesprochenen Kriegsspekulanten und den Kriegsgewinnlern gibt es eine Schicht im Volke, die während Krieg und Revolution nicht Schulden gemacht, sondern Schulden bezahlt hat: das ist die Landwirtschaft. Vor dem Kriege waren die landwirtschaftlichen Eigentümer ziemlich stark verschuldet, die landwirtschaftlichen Güter durchschnittlich mit 40 Prozent ihres Wertes hypothekarisch belastet. Heute ist die Hypothekenbelastung der Landwirtschaft auf weniger als zehn Prozent des Wertes gesunken.

Was fordert nun die sogenannte Erfassung der Goldwerte? Nichts anderes, als daß die Landwirtschaft wieder so belastet werden soll, wie sie es vor dem Kriege war, und damals im kaiserlichen Deutschland ist es doch — das wird die Rechtspresse schwerlich bestreiten — der Landwirtschaft gewiß gut gegangen. An erster Stelle soll auf die landwirtschaftlichen Güter eine Hypothek für die Reparationen und das Reich in Höhe von etwa 30 Prozent des heutigen Verkaufswertes eingetragen werden, wobei besonders günstige Bedingungen für sofortige Barablösung gestellt werden können. Wir zweifeln nicht, daß die große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Besitzer in der erst mit Hilfe der gehamsterten Banknoten die Goldwertsteuer bar bezahlen.

Wird dieser Weg nicht beschritten, wendet das Deutsche Reich der Landwirtschaft eine jährliche Liebesgabe von einer Goldmilliarde Mark zu und verschont sie mit der einzig wirksamen Steuer, dann kann Deutschland nicht erfüllen. Aber die Feinde werden es zur Erfüllung zwingen. Die Steuer, die jetzt abgelehnt wird, würde nach Jahresfrist in irgendeiner unzweckmäßigen und brutalen Form durch ein Ultimatum der Entente erzwungen werden. Die „Patrioten" mögen es darauf ankommen lassen, sich erst wieder zwingen zu lassen. Genau wie bei der Orgesch. Aber der Zwang kommt Deutschland sehr viel teurer zu stehen als die freiwillige Leistung. Die Sozialdemokratie dürfte jedenfalls nach unserer Auffassung nicht in einer Regierung bleiben, die nicht durch scharfe Erfassung der Goldwerte beweist, daß sie den Willen hat, und die Möglichkeit schafft, wirklich eine Regierung der Erfüllung zu sein.

Verbandstag der Textilarbeiter

Am vierten Verhandlungstage wurde nach den Schlußworten der Referenten zum Geschäftsbericht den Kassierern einstimmig Entlastung erteilt. Ein Antrag zum nächsten Gewerkschaftskongreß verlangt Umorganisierung der dem A. D. G. B. angehörenden Berufsorganisationen zu Industrieorganisationen. Der A. D. G. B. soll ersucht werden, auf Einheitlichkeit in den Beiträgen (gestaffelt nach Stundenlöhnen) und der Unterstützungsarten in allen Gewerkschaften, ferner auf Aufhebung der Technischen Nothilfe hinzuwirken. Für eine den Verhältnissen entsprechende Umgestaltung der Alters- und Invalidenversicherung sowie für Sicherung des Koalitionsrechts soll der Verband eintreten. Zwei andere Beschlüsse gehen dahin, unter keinen Umständen an der 46-Stunden-Woche rütteln zu lassen und sie da, wo sie noch nicht besteht, insbesondere im besetzten Gebiet, zur Einführung zu bringen. Bei Tarifabschlüssen soll auf Verlängerung der Feriendauer und -Bezahlung auf mindestens 6 Tage, ferner auf Bezahlung der Schulstunde der jugendlichen Beschäftigten durch den Unternehmer hingewirkt und in der Zentralarbeitsgemeinschaft die Forderung nach gleichem Lohn bei gleicher Arbeit für Männer und Frauen geltend gemacht werden. Der Vorstand soll dem Mehrstuhl-System und seinen Auswüchsen größte Aufmerksamkeit zuwenden.

Zu seinem Referat: Der gewerkschaftliche Kampf und die Politik der Gewerkschaften hatte Jäckel eine Resolution vorgelegt, in der gesagt wird:

„Der Verbandstag erkennt als Ziel der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen Beseitigung des Systems der Lohnarbeit und Ersetzung durch sozialistische Wirtschaft. Dieses Ziel wird sich durchsetzen auf dem Wege organischer Wirtschaftsentwicklung und kann somit nur Resultat eines im demokratischen Staat sich vollziehenden Prozesses sein. Voraussetzung für die ungehinderte und schnelle Entwicklung dieses Prozesses ist die Eroberung der politischen Macht durch die Gesamtheit des organisierten Proletariats und dessen integrierte Betätigung im [illegible]. Der Verbandstag lehnt die Anwendung physischer Gewalt im politischen und gewerkschaftlichen Kampf als Mittel des Angriffs ab. Er steht auf dem Boden des politischen Neutralität und lehnt es ab, sich unter das Diktat der kommunistischen oder irgendeiner anderen Partei zu stellen. Desgleichen lehnt er auch die von der Kommunistischen Partei propagierte Zellen- oder Fraktionsbildung ab.

Der Verbandstag verwirft mit aller Entschiedenheit die von den Kommunisten angewandten Kampfesmethoden, ihre Taktik, ihre Auffassung vom Wesen der Arbeiterbewegung und der proletarischen Revolution. Er garantiert den Anhängern aller politischen Parteien volle Freiheit der Meinungsäußerung im Rahmen der Organisation und unter Berücksichtigung der vom Verband sich selbst gegebenen Gesetze, erwartet deshalb auch von den Anhängern der Kommunistischen Partei unbedingte Anerkennung der Gesetze und bedingungslose Unterwerfung unter die von der großen Mehrheit der Generalversammlung gefaßten Beschlüsse. Der Vorstand des Verbandes wird beauftragt, in schärfster Weise über die Durchführung und Beachtung dieser Beschlüsse und Gesetze durch alle Verbandsangehörigen zu wachen."

Der schwarze Erdteil im roten Sachsen

In der am 24. April 1921 stattgefundenen Vertreterversammlung des Bezirksvereins Dresden wurde mir der ehrenvolle Auftrag, meine Arbeitskraft in der sächsischen Wendei zu verwenden. Noch am selben Tage sollte meine Tätigkeit beginnen. Vor Schluß der Vertreterversammlung fuhr ich schon ab, um in Elstra, dem Fort der wendischen Festung, eine Bauarbeiterversammlung abzuhalten. Ein Kollege hatte ein paar Tage vorher auf allen Arbeitsplätzen Flugblätter mit Einladungen verteilt. Man hätte also eine gutbesuchte Versammlung erwarten dürfen. Erwarten konnen schon deshalb, weil die Unternehmer 70 bis 90 Pf. die Stunde unter Tariflohn zahlten. O Doch welch ein Schreck! Gerade ein Kollege außer den auswärtigen hatte den Weg zur Versammlung gefunden. Diesen Kollegen nahm ich in den Verband auf. Ein verteufelt kleiner Anfang. Also auf diesem Wege waren Erfolge nicht zu erzielen. Andre Wege mußten eingeschlagen werden.

Nun ging es in den folgenden Tagen und Wochen von Ort zu Ort, von Baustelle zu Baustelle, um mit den Kollegen ihre Lage zu besprechen. Daß man bei diesen Besuchen auf den Baustellen sich nicht die Gunst der Bauunternehmer zuzog, die überwiegend Landwirte waren, versteht sich von selbst. Manch grobe und beleidigende Bemerkung konnte man da zu hören bekommen. Doch dessen ungeachtet ging die Tätigkeit weiter. Ganz langsam stellte sich gegenseitiges Vertrauen ein. Die erst wortkargen Kollegen wurden später, wenn man während der Frühstücks- oder Mittagsstunde in die Baubude kam, langsam gesprächiger. Aber wenn ich etwas nicht verstehen sollte, redeten sie wendisch untereinander. Das eine stand fest: hatten sie untereinander wendisch gesprochen, so nahm ich keinen Beitritt mit. Ebenso ging es auch den Kollegen vom Verband der Zimmerer.

Während dieser Zeit hatten wir die größte Firma bei dem Schlichtungsausschuß wegen Nichtzahlung des Tariflohnes angeklagt. Nun setzten wir nach der Verhandlung wieder eine Versammlung an (die Kollegen hatten wir diesmal auf den Baustellen jeden einzelnen mündlich eingeladen), ganze 12 Kollegen erschienen. Vom Schlichtungsausschuß war uns aufgetragen worden, mit allen Unternehmern der Wendei eine Einigung zu versuchen. Es fand darum am 2. Juni im Kloster Marienstern eine Verhandlung mit den gesamten Unternehmern der Wendei statt. Die Verhandlung verlief ergebnislos.

Wieder setzten wir eine Versammlung an, die Kollegen wurden natürlich wieder alle mündlich eingeladen; diesmal erschienen 18 Mann. Nebenbei ging es Tag für Tag von Ort zu Ort, von Bau zu Bau. Die unfreundlichste Aufnahme fanden wir bei einem Gutsbesitzer in Schweinerden. Dort kam der Besitzer mit seinen Knechten, kurz alles, was Beine hatte, mit Ziegelsteinen und Knüppeln auf uns zu, so daß, wenn wir nicht ruhig gegangen wären, wir unsre Rader und unsre Knochen jedenfalls im Taschentuch hätten nach Hause tragen können. Machte der Ort Schweinerden schon einen unfreundlichen Eindruck, so sind auch die Bewohner unfreundlich. Erwähnen will ich nebenbei, daß sich der sächsische Minister des Innern ein Verdienst erwerben würde, wenn er den Landräten aufgebe, die Wegweiser mit Angabe der Orte und Kilometer neu herzustellen. In der Wendei stehen wohl Wegsäulen, aber sie sind nicht zu entziffern. Sie sind vielleicht vor 100 Jahren einmal gestrichen worden.

Doch trotz all dieser kleinlichen Unbequemlichkeiten ging unsre Tätigkeit weiter. Für den 9. Juni waren alle Unternehmer der Wendei vor den Schlichtungsausschuß geladen, um eine Einigung zu erzielen. Nicht erschienen waren Zieske, Croitwitz, und Rochow, Zerna. Eine Einigung oder Verständigung kam jedoch nicht zustande. Einer schob es auf den andern. Das Fehlen der beiden Obengenannten machten sich die übrigen Unternehmer zunutze. „Ja, wenn die beiden mehr zahlen, zahlen wir auch," klang es immer wieder. Um zu einem Ergebnis zu kommen, erklärten wir uns bereit, mit diesen beiden getrennt zu verhandeln, um dann den übrigen Unternehmern das Ergebnis mitzuteilen. Telephonisch wurde mit diesen beiden für den kommenden Tag eine Zusammenkunft im Kloster Marienstern vereinbart. Geduldig, wie wir nun einmal sind, gingen wir auch diesen Gang: wir warteten im Gasthof eine Stunde über die festgesetzte Zeit. Wer nicht erschien, waren die Unternehmer. Für uns war dieses das Zeichen, daß man uns narren wollte.

Für den Abend war bereits eine Versammlung der Bauarbeiter angesetzt. Wir wurden uns darüber klar, daß, wenn die Kollegen bei den Elstraer Firmen streiken wollen, wir sie nicht abhalten werden. Nachdem wir noch einige Bauten aufgesucht und die Kollegen auf die abends stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht hatten, begaben wir uns in das Versammlungslokal. Langsam kam einer nach dem andern, so daß etwa 30 Mann zusammen waren. Nachdem wir unsern Bericht erstattet und darüber diskutiert worden war, wurde gegen eine kleine Minderheit der Streik beschlossen. Am andern Morgen Arbeitsniederlegung. 33 Maurer und Bauarbeiter und 19 Zimmerer stellten die Arbeit ein: 8 Streikbrecher blieben stehen. Der Streik hat 7 Tage gedauert; dann wurde auf Wunsch der Unternehmer verhandelt und dabei eine Verständigung erzielt. Es ist zwar nicht alles restlos erreicht, was die Kollegen gefordert hatten, doch wurde in der Versammlung der Verständigung mit großer Mehrheit zugestimmt. Dadurch ist das erste Fort der wendischen Festung gefallen. Es wird nun unsre Aufgabe sein, in das Herz der Festung, in der heute noch Stundenlöhne für Maurer von 1,90 M. gezahlt werden, einzudringen. Der Anfang hierzu ist gemacht, doch dürfte es ein sehr steiniges Feld sein, das beackert werden muß.

Hermann Lehmann, Ottendorf-Okrilla.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210704/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftsbewegung

Genießen Ersatzmitglieder den Schutz des Betriebsrätegesetzes?

In der letzten Zeit ist vielfach die Frage aufgeworfen worden, ob die Ersatzmitglieder zum Betriebsrat bzw. zu den Gruppenräten durch das Betriebsrätegesetz ebenso geschützt sind wie die Betriebsvertreter selbst. Der besondere Schutz der Betriebsvertreter kommt in der Hauptsache in den §§ 96 und 98 BRG. zum Ausdruck. Dort ist gesagt, daß zur Kündigung des Dienstverhältnisses eines Mitglieds einer Betriebsvertretung oder zu seiner Versetzung in einen andern Betrieb die Zustimmung der Betriebsvertretung erforderlich ist. Wenn es sich um einen Betriebsobmann handelt, tritt an die Stelle der Betriebsvertretung die Mehrheit der wahlberechtigten Arbeitnehmer des Betriebes. Im § 5 der Wahlordnung heißt es, daß jede Vorschlagsliste wenigstens doppelt so viel wählbare Bewerber benennen soll, wie Betriebsrats- und Ergänzungsmitglieder zu wählen sind, das heißt mit andern Worten, es sollen genügend Ersatzleute gewählt werden, um zu verhindern, daß beim Ausscheiden eines Betriebsvertreters eine Neuwahl der Betriebsvertreter vorgenommen werden muß. Nach § 17 der Wahlordnung hat der Wahlvorstand die gewählten Betriebsrats- und Ergänzungsmitglieder von der auf sie entfallenden Wahl zu benachrichtigen, aber ist von Ersatzleuten keine Rede. Der Gesetzgeber ist bei dieser Fassung von der Erwägung ausgegangen, daß der Ersatzmann so lange nicht in Funktion treten kann, solange die Stelle, an die er unter Berücksichtigung der Reihenfolge auf der Kandidatenliste einrücken soll, nicht frei wird. Die Stärke der Betriebsvertretung richtet sich nach der Zahl der Beschäftigten im Betrieb.

Diese Zahl wird aber durch die Betriebsrats- und Ergänzungsmitglieder bereits erreicht; sie kann also nicht durch eine bestimmte Zahl von Ersatzleuten geändert werden. § 40 BRG. sagt aber, daß Ersatzmitglieder als Stellvertreter für zeitweilig verhinderte Mitglieder eintreten können, d. h. daß sie an einzelnen Sitzungen oder Verhandlungen teilnehmen können. Daraus folgt, daß diesen Mitgliedern, die vereinzelt als Stellvertreter tätig gewesen sind, auch der Schutz des § 96 BRG. zugestanden werden muß. Es geht nicht an, einzelnen Personen den Schutz des Betriebsrätegesetzes vorzuenthalten, bei denen, wenn auch in geringerem Umfange, dieselben Voraussetzungen vorliegen wie bei den ordentlichen Mitgliedern der Betriebsvertretung. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen kommen wir deshalb zu dem Ergebnis, daß im allgemeinen die Ersatzleute den Schutzbestimmungen der §§ 96 und 98 BRG. nicht unterstellt sind. Sie genießen aber den Schutz des Gesetzes, wenn sie in einzelnen Fällen vertretungsweise tätig waren.

Ein spitzelnder Kommunistenbonze

Der Textilarbeiter, das Organ des Deutschen Textilarbeiterverbandes, teilt folgendes mit:

Murphy, der Abgesandte der Moskowiter zu dem Internationalen Transportarbeiterkongreß in Genf, der Mann mit dem schönen und alten irischen Namen, von dem der Delegierte Cotter, Liverpool, sagte, daß er seinem Namen mehr Ehre machen würde, wenn er nach Irland zu seinen Landsleuten ginge, um mit ihnen für die Freiheit zu kämpfen, dieser Mann ist als Spitzel im Dienste von „Scotland Yard", der berüchtigten englischen Polizeizentrale in London, entlarvt worden. Es ist einwandfrei festgestellt worden, daß dieser ultrarevolutionäre Moskowiter mit dem irischen Namen, dieser Vertrauensmann des kommunistischen vorläufigen Internationalen Rates der Fach- und Industrieverbände und Mitarbeiter des Berliner Mitteilungsblattes Die rote Gewerkschaftsinternationale, das unter dem Motto: „Gegen Amsterdam, für Moskau, gegen die Solidarität der Phrase, für die Solidarität der Tat" — als Angehöriger der englischen Geheimpolizei mit Judasgeld bezahlt worden ist. Ein solcher Lump wird auf ehrliche Arbeiter losgelassen, und besitzt noch die Frechheit, ihre Vertrauensmänner als Verräter zu bezeichnen. Ob es noch mehr solcher Helden gibt?

Die Tarifbewegung im Schuhmacherhandwerk

Da die Schuhmacher-Innungen im Freistaat Sachsen den am 2. Mai vom Dresdner Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch abgelehnt hatten, war vom Schuhmacherverband beim Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilmachung beantragt worden, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären.

Nach einer im Arbeitsministerium vorausgegangenen Einigungsverhandlung, die ergebnislos verlief, ist die Verbindlichkeitserklärung erfolgt.

Als Mindeststundenlöhne gelten nun in den vier Ortsklassen folgende Sätze: für männliche Arbeitskräfte bis zum 20. Jahre 4,40, 4,10, 3,80 und 3,50 M.; über 20 Jahre 5,20, 4,90, 4,60 und 4,30 M.; für weibliche Arbeitskräfte bis zum 20. Jahre 3,00, 2,70, 2,40 und 2,10 M.; über 20 Jahre 3,40, 3,10, 2,80 und 2,50 M.

Der Tarif in seinem vollständigen Wortlaut sowie Akkordtarife sind in der Geschäftsstelle des Schuhmacherverbandes, Ritzenbergstraße 6, zu haben.

Die Gültigkeit des Tarifs erstreckt sich über das Gebiet des Freistaats Sachsen. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Bestimmungen des Tarifs anzuerkennen.

Die Gehaltsbewegung bei den Dresdner Anwälten

Der Dresdner Anwaltverein hat dem Schlichtungsausschuß mitgeteilt, daß er den am 18. Juni 1921 gefällten Schiedsspruch, der eine 20prozentige Erhöhung der Bezüge der Rechtsanwaltsangestellten festlegt, nicht anerkennt. Er hat aber seinen Mitgliedern „empfohlen", die Tarifgehälter vom 1. Juni 1921 an um 20 Prozent freiwillig zu erhöhen. Damit ist der Lohnkampf der Anwaltsangestellten in ein neues Stadium getreten, da die beteiligten Angestelltenorganisationen nunmehr die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches beantragt haben. Wir werden weiter über die Angelegenheit berichten.

Eine Sammlung von Tarifverträgen

Ein für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber gleich wertvolles Buch wird demnächst im sächsischen Arbeitsministerium fertiggestellt werden: eine Sammlung sämtlicher Tarifverträge, die in Sachsen abgeschlossen worden sind. Das Buch wird eine Uebersicht aller tariflichen Abmachungen für a) gewerbliche Arbeiter, b) kaufmännische Angestellte und Beamte und c) für technische Angestellte und Werkmeister Sachsens enthalten, und zwar, soweit sie Arbeitszeit, Löhne und Gehälter, Akkordzuschläge, Ueberstundenbezahlung, Vergütung für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, Entlohnung bei Wechselschicht, Urlaubs- und Ferienregelung sowie Einigungs- und Schlichtungswesen betreffen. Das Buch, das in den nächsten Wochen erscheinen wird, ist eine Arbeit des früheren langjährigen Bezirksleiters des Metallarbeiterverbandes Heinrich Brand, des jetzigen Leiters der Tarifstelle und Regierungsrat im Arbeitsministerium. Er hat nicht weniger denn 704 Tarifverträge bis zum 30. April 1921 gesammelt und eingeordnet, so daß man künftig in der Lage sein wird, jederzeit über die Löhne, Arbeitszeit usw. in allen Berufen Sachsens zuverlässige Auskunft zu erhalten.

Der Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Dresden, beruft für morgen Dienstag, 7½ Uhr, nach dem Tivoli-Palast, Wettinerstraße, eine große öffentliche Versammlung ein, in der über Das einheitliche Arbeitsrecht unter besonderer Berücksichtigung der Beitragsreform zur Angestelltenversicherung das Hauptvorstandsmitglied, Herr Fritz Schröder aus Berlin, spricht. Der Besuch dieser Versammlung wird allen Angestellten wegen der Wichtigkeit des Themas dringend empfohlen.

Achtung, arbeitslose Holzarbeiter! Die Dresdner Ortsverwaltung des Deutschen Holzarbeiterverbandes beruft für morgen Dienstag, vorm. 10 Uhr, in den großen Saal des Volkshauses eine Versammlung der arbeitslosen Verbandskollegen mit sehr wichtiger Tagesordnung ein.

Gärung in der japanischen Arbeiterschaft. Infolge der Preisverminderung nehmen die Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen und damit die Unruhe in der Arbeiterschaft zu. Vor allem im Schiffsbaubetrieb und in der Metallindustrie in Osaka ist es unruhig. Es sind verschiedene Zusammenstöße vorgekommen.

Sport • Spiel • Körperpflege

Die Prager Arbeiter-Olympiade

Ueber diese großzügige Veranstaltung, die in den Tagen vom 24. bis 30. Juni stattfand, ist nach den Berichten, die uns aus Prag zugingen, eine vorzügliche Gelungenheit zu konstatieren.

Wohl manchem hiesigen Turn- und Sportfreund werden Bedenken angekommen sein, wenn er von den gewaltigen Anstrengungen der tschecho-slowakischen Arbeiterturner und -sportler, aber die auch die Dresdner Volkszeitung berichtet hat, zu hören bekam.

Mit viel Eifer, mit großem Idealismus haben die Arbeiterturner und -sportler in der Tschecho-Slowakei schon immer gearbeitet. Zur Prager Olympiade aber, war der Turner- und Sportlergeist geradezu bewunderungswürdig.

Alle deutschen Vertreter befunden, daß man in Prag in bezug auf Organisation nur Vorbildliches wahrnehmen konnte. Ueberall herrschte das Gefühl, daß man außerordentlich gute Vorbereitungen getroffen hatte. Unvergeßlich wird den deutschen Vertretern der herzliche Empfang bleiben. Nicht nur von deutschen Gesandten, sondern auch von Vertretern der tschechischen Behörden wurden die Deutschen aufs freundlichste begrüßt. Das war ein erhebender Akt, der für die Zukunft eine Perspektive der weitesten Verständigung eröffnete. Scharfes und klares Erkennen: Nur durch Verbrüderung der Arbeiter der ganzen Welt wird der Völkerfrieden kommen.

Einen sehr guten Eindruck haben die deutschen Arbeiterturner und -sportler hinterlassen. Ihren Aufführungen wurde der lebhafteste Beifall zuteil. Auch die Belgier haben Vorzügliches gezeigt. In den leichtathletischen Kämpfen waren die Finnländer auf allen Gebieten Sieger, im Kurz- und Langstreckenlauf, im Hürden- und Stafettenlauf, im Kugelstoßen und im Diskuswerfen, im Weitsprung und im Hochsprung. Die Deutschen waren an zweiter Stelle. Die Belgier und Tschechen erreichten auf diesen Gebieten nichts.

Ueber die Massenaufführungen wird das gleiche berichtet. Das Auftreten der Jugendmannschaften, deren Darbietungen sich unter ungünstigem Wetter vollzogen, löste bei den 10 000 Zuschauern stürmischen Beifall aus. Die Hauptaufführungen am Sonntag (26. Juni) erregten natürlich das größte Interesse. 120 000 Zuschauer waren anwesend in dem gewaltigen Prager Stadion, das auf der am Moldauufer gelegenen Höhe errichtet war.

Die Prager Arbeiter-Olympiade hat einen großen Erfolg für den Arbeitersport gezeitigt. Ein ebensolcher Erfolg möge dem Kreisfest der sächsischen Arbeiterturner und -sportler am 6., 7. und 8. August in Dresden beschieden sein.

•

2. sächsisches Arbeiter-Turn- und Sportfest in Dresden

Je näher das Fest heranrückt, desto mehr Arbeit ist in den Ausschüssen zu bewältigen. Berichte von den Arbeiten in den Ausschüssen verlangt man. Wo soll mit der Berichterstattung angefangen werden? Die Arbeiterpresse können wir mit diesen Berichten nicht belasten. Nach wie vor müssen die Vereine ihre ganze Kraft darauf einstellen, alle Turner, Turnerinnen und Sportler auf die Beine zu bringen. Der Festbeitrag von 15 M. ermöglicht wohl noch manchem die Teilnahme, der mit einer größeren Aufwendung gerechnet hat. Man möge bedenken, was alles im Festbeitrag liegt: Eintritte zu allen Veranstaltungen, Quartier, Festzeichen, Festbuch mit Karten und Plänen. Das erfreulichste was berichtet werden kann, ist, daß die Quartierfrage so gut wie gelöst ist. Ueber 10 000 Freiquartiere stehen zur Verfügung. Dringend ergeht an die Vereine die Mahnung: Schickt die Beiträge für den Garantiefond. Ebenso dringend nötig ist es, die Teilnehmerzahl in den Vereinen festzustellen und diese sofort zu melden. Wie sollen die Ausschüsse erfolgreich weiterarbeiten, wenn ihnen die erforderlichen Unterlagen fehlen? Der Festzug wird bezirksweise eingeteilt. Vereine, die Fahnen besitzen, sollen dieselben mitbringen. Bezirksstandarten werden vom Hauptausschuß geliefert. Gruppen, die sich durch Standarten auszeichnen wollen, haben sich diese selbst zuzulegen. Arbeiterturner, Arbeitersportler, die Dresdner Genossen sind bemüht, euch Festtage zu bereiten, die euch in dauernder Erinnerung bleiben sollen, das ist aber nur dann möglich, wenn ihr den hier geäußerten Wünschen sofort nachkommt.

•

Touristenverein Die Naturfreunde

7. Juli. Dresden. Abteilungszusammenkünfte. Dresden-Altstadt und Dr.-Friedrichstadt: Geselliger Abend. — Dresden-Neustadt mit Pieschen, Mickten usw. Abendwanderung nach dem Lingner-Park. Abmarsch 7 Uhr Waldschlößchen. — Dresden-Plauen, -Löbtau, -Cotta. Abendwanderung nach Lenewitz. Abmarsch 7,30 Kronprinzenplatz (Brunnen). — Dresden-Johannstadt und Striesen. Geselliger Abend. — Leuben. Sitzung des Bildungsausschusses. 7 Uhr. — Laschwitz. Mitgliederversammlung, abends 7,30 im Vereinslokal. — Rabenau. Monatsversammlung, 8 Uhr, im Vereinslokal mit naturwissenschaftlichem Vortrag. — Heidenau. Monatsversammlung.

8. Juli. Briesnitz. Abendwanderung nach Raditz. 7,30 Wettinschlößchen. — Pirna-Copitz. Cäsar-Flaischlen-Abend, 8 Uhr, Vereinslokal. — Dresden. Jug.-Abt.: Tänze und Spiele auf der Eichwiese im Großen Garten. Abmarsch 7 Uhr, Herkulesallee, Lennéstraße. Plauenscher Grund. Vorlesung aus Jendrich: Der Wanderer.

9. Juli. Leuben. 7. Gründungsfeier im Gasthof Leuben. Beginn 6 Uhr. — Pirna-Copitz. 8. Gründungsfeier im Gasthaus zum Heiteren Blick in Cunnersdorf bei Pirna. Beginn 7 Uhr. — Sannewitz. Zur Gründungsfeier der Ortsgruppe Leuben. Radtour nach Marchburg. — Heidenau. Zur Gründungsfeier nach Leuben. Treffen 6½ Uhr im Vereinslokal. — Zu allen Veranstaltungen der Naturfreunde sind Gäste stets willkommen.

6. Kreis. Vorstandssitzung Mittwoch den 6. Juni im Plauenschen Hof in Dresden-Plauen, Hofmühlenstraße.

Gruppe Groß-Dittmannsdorf. Mittwoch den 6. Juli, abends 8 Uhr, im Gasthof Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen Pietsch, Ottendorf. Es wird auf das Erscheinen aller gerechnet.

Briefkasten

Genosse in H. Sie brauchen die Mietsteigerung keineswegs ohne weiteres anzuerkennen, sondern können die Entscheidung des Mieteinigungsamtes anrufen.

H., Gorbitz. Der Brand der Vogelwiese war Montag den 2. August 1909.

B. K., Tippelsdorf. Ihr Arbeitskollege hat Recht, die Hochflut war am 30. und 31. Juli.

Eingegangene Schriften

Die Sozialistischen Monatshefte, redigiert von Dr. J. Bloch, Geschäftsstelle: Berlin W 35, Potsdamer Straße 121 b, haben soeben das 11. Heft ihres 27. Jahrganges herausgegeben. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: Physische Gewalt und geistige Kraft, von Dr. Hans Müller. — Die Gärung unter den amerikanischen Farmern, von Max Schippel, Leiter des Sächsischen Wirtschaftsamts. — Ein Arbeitstarifgesetz für Deutschland, von Dr. Luba, Eger. — Genossenschaftliches Bildungswesen, von Prof. Dr. August Müller. — Notizen, von Dr. Ernst Lau. — Das Problem des Katholizismus, von Dr. Herbert Kühnert. — Das Problem der Zuckerkrankheit, von Dr. Georg Wolff. — Erzählungen und Romane, von Dr. Max Hochdorf. — Neue Cellomusik, von Erwin Lendvai. — Schrebergarten und Kleinwohnhaus von Dr. Adolf Bohm. — Die Toten. Wilhelm Foerster, Wilhelm Waldeyer u. a. m. Der Preis des Heftes beträgt 2 Mark, der eines Vierteljahrsabonnements 21,60 Mark. Zu beziehen durch jede Buchhandlung in Kiosken und Bahnhöfen, bei allen Kolporteuren, durch jede Postanstalt sowie direkt vom Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Verantw. für den redakt. Teil Franz Holzapfel, Dresden-A., für den Inseratenteil Max Seifert, Dresden-Gruna. Druck und Verlag: Kaden u. Komp., Dresden.

Prinzessin Ellsabeth müßten Sie sehen. — Ganz Dresden ist entzückt von diesem Film, mit ... lichen, goldigen Gesicht. Führen Sie bitte auch Ihre lieben Kleinen zu der wirklichen Märchen-Prinzessin. Noch in keinem Jahre war zu sehen eine solch prachtvolle Sehenswürdigkeit. Also auf zur Prinzessin Elisabeth, es verlohnt sich wirklich.

Nährmittelverteilung.

§ 1. a) Nährmittelausweis A Nr. 2: 1 Pfund Grieß zu 1.90 M.
b) Nährmittelausweis B Nr. 2: ½ Pfund Grieß zu 95 Pf. (Ausweis B 1 Abschnitt)
c) Nährmittelausweis C Nr. 2: ½ Pfund Zwieback oder Zwiebackbruch oder Keks oder Keksbruch (Preis aufgedruckt) und ½ Pfund Kindergerstenmehl zu 1.30 M. (Ausweis C 1 gilt auch)

am 12. Juli 1921.

§ 2. Anmeldung beim Kleinhändler: 4. oder 5. Juli 1921. Weitergabe an die Meldestelle: 6. oder 7. Juli 1921.

§ 3. Meldestellen:
für Geschäftsinhaber in Dresden-Altstadt: die Firma Kläche & Klohart, Waisenhausstr. 4
für Geschäftsinhaber in Dresden-Neustadt: die Firmen Roßack & Baldamus, Kleine Packhofstraße 3, Pramann & Co., Königsbrücker Straße 6.

Dresden, am 3. Juli 1921. Der Rat zu Dresden.

Aluminium Reiseartikel Isolierflaschen Hängematten Kleiderbügel Schloßsicherungen **Donath** Dippoldiswalder Pl. 2

Mitesser ... Körper ... Zucker's Patent-Medizinal-Seife ... in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerie- und Friseurgeschäften erhältlich.

Sparkasse Gittersee Zinsfuß für Spareinlagen: 3½ %

Dienstag, 5. Juli, 9 Uhr: Fortsetzung der Versteigerung in der Museumhalle, Kesselsdorfer Straße 17. Echte und weiße Möbel, Hausrat usw. Näheres siehe Sonntagsnummer. **Franz Krülle**, Versteigerer.

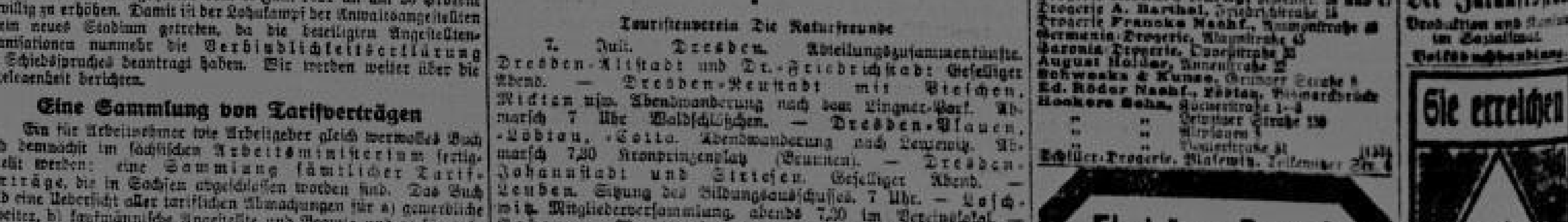
Wolle • Münch Galeriestr. 9

Wanzen samt Brut vernichtet der neue Dampf-Desinfektions-Apparat „Radikal" Erfolg vollständig sicher! Von Fachleuten anerkannt und bestens begutachtet. Preis des kompl. Apparates mit 3 Meter Schlauch nur 18 M.
Verkaufsstellen: Kammerjäger G. Großmann, Gr. Brüdergasse 11; Drogerie A. Blombel Nachf.; Drogerie P. Lachmann Nachf.; Drogerie Richard Hartig; Drogerie A. Barthel, Friedrichstraße 15; Drogerie Francke Nachf., Ammonstraße; Germania-Drogerie; Saxonia-Drogerie; August Holder, Annenstraße; Schwenke & Kunze; Ed. Röder Nachf., Löbtau; Hookers Sohn ...; Schiller-Drogerie, Blasewitz.

Achtung! Gorbitz u. Umg. Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung und sämtliche Parteiliteratur ... Max Ebrig, Obergorbitz, Wilsdruffer Str. 6 b.

Der Zukunftsstaat Produktion und Konsum im Sozialismus. Volksbuchhandlung.

Ekströms Punsch Probierstand auf dem Königsplatz Vogelwiese.

Geflügelzüchter, Geflügelhalter! Werden Sie der Wohltäter Ihrer Hühner! Die echten Seiferts Camphorin Hexteler gegen Milben, Läuse, Flöhe wieder zu haben. Kleinverkaufspreis 2,50 M. pro Stück. Glänzende Gutachten aus Fachkreisen. Hauptniederlage für Dresden: **R. Laube, Dresden-A. 19**, ...

Sie erreichen auch durch ein Inserat in der Dresdner Volkszeitung ... **Ihren Zweck**